

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

| | |
|--------------|--|
| Suchabfrage | 24.04.2024 |
| Thema | Verbände |
| Schlagworte | Gewerkschaften |
| Akteure | Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) |
| Prozesstypen | Keine Einschränkung |
| Datum | 01.01.1965 - 01.01.2022 |

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernet, Samuel
Buchwalder, Mathias
Bühlmann, Marc
Gill, Peter
Gsteiger, Christian
Hirter, Hans
Künzler, Johanna
Schaub, Hans-Peter
Scherrer, Debora

Bevorzugte Zitierweise

Bernet, Samuel; Buchwalder, Mathias; Bühlmann, Marc; Gill, Peter; Gsteiger, Christian; Hirter, Hans; Künzler, Johanna; Schaub, Hans-Peter; Scherrer, Debora 2024.
Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Verbände, Gewerkschaften, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), 1980 – 2021. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| Parteien, Verbände und Interessengruppen | 1 |
| Verbände | 1 |
| Arbeitnehmer, Gewerkschaften | 6 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------------|---|
| AHV | Alters- und Hinterlassenenversicherung |
| AUNS | Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz |
| NGO | Nichtregierungsorganisation |
| SNB | Schweizerische Nationalbank |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| EU | Europäische Union |
| EWR | Europäischer Wirtschaftsraum |
| EL | Ergänzungsleistungen |
| SGB | Schweizerischer Gewerkschaftsbund |
| SGV | Schweizerischer Gewerbeverband |
| VPOD | Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste |
| GBI | Gewerkschaft Bau und Industrie |
| VHTL | Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel |
| SEV | Gewerkschaft des Verkehrspersonals |
| GSoA | Gruppe für eine Schweiz ohne Armee |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| Droleg | Dachverband für Drogenlegalisierung |
| GDP | Gewerkschaft Druck und Papier, später Comedia/Syndicom |
| SBV | Schweizerischer Bauernverband |
| GBH | Gewerkschaft Bau und Holz |
| SAV | Schweizerischer Arbeitgeberverband |
| WWF | World Wide Fund for Nature |
| CNG | Christlichnationaler Gewerkschaftsbund (Vorgänger von Travail.suisse) |
| PVB | Personalverband des Bundes |
| SBK | Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner |
| SMUV | Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband) |
| VSA | Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände |

| | |
|---------------|--|
| AVS | Assurance-vieillesse et survivants |
| ASIN | Action pour une Suisse Indépendante et Neutre |
| ONG | Organisation non gouvernementale |
| BNS | Banque nationale suisse |
| FMI | Fonds monétaire International |
| UE | Union européenne |
| EEE | l'Espace économique européen |
| PC | Prestations complémentaires |
| USS | Union syndicale suisse |
| USAM | Union suisse des arts et métiers |
| SSP | syndicats des Services publics |
| SIB | Syndicat industrie et bâtiment |
| FCTA | Fédération du commerce, des transports et de l'alimentation |
| SEV | Syndicat du personnel des transports |
| GSsA | Groupe pour une Suisse sans Armée |
| CE | Communauté européenne |
| Droleg | Association faïtière de la légalisation des drogues |
| SLP | Syndicat du livre et du papier |
| USP | Union Suisse des Paysans |
| SBB | Syndicat du bâtiment et du bois |
| UPS | Union Patronale Suisse |
| WWF | World Wide Fund for Nature |
| CSC | Confédération des syndicats chrétiens de Suisse (Prédécesseur de Travail.suisse) |
| APC | Association du personnel de la Confédération |
| ASI | Association suisse des infirmiers et infirmières |
| FTMH | Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie) |
| ES | Fédération des sociétés suisses d'employés |

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Verbände

Verbände

Jahresrückblick 2020: Verbände

Verschiedene Branchenverbände befürchteten aufgrund der zur Eindämmung des Coronavirus verhängten Massnahmen drastische Folgen für die durch sie vertretenen Wirtschaftssektoren. Entsprechend **forderten sie während des Lockdowns** und danach bessere Kreditbedingungen oder Ausnahmeregelungen für ihre Branchen: Beispielsweise forderten die Verbände Hotelleriesuisse und Gastrosuisse vom Bundesrat einen Erlass der Covid-19-Kredite und eine rasche Wiedereröffnung der Restaurants und Bars; der Industrieverband Swissmem wollte, dass dringend benötigte Spezialistinnen und Spezialisten die verhängten Einreisesperren umgehen können. Unterstützt wurde die Forderung durch Economiesuisse. Beide Verbände erhofften sich zudem eine Abschaffung der Industriezölle, um Unternehmen finanziell zu entlasten.

Auch eine Forderung der Unia bezüglich des Lockdowns sorgte für Aufsehen. Weil gemäss der Gewerkschaft Arbeitnehmende in Industrie und Gewerbe während des Lockdowns nicht ausreichend geschützt waren – ein Banker könne etwa im Homeoffice arbeiten und dadurch die vom Bund empfohlenen Hygiene- und Abstandsregeln gut einhalten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie, im Detailhandel, im Gewerbe oder auf dem Bau müssten weiterhin ungeschützt ihren beruflichen Tätigkeiten nachgehen –, forderte Unia-Chefin Vania Alleva landesweit eine Schliessung von Baustellen und Betrieben, bis auch dort umsetzbare und greifende Schutzmassnahmen und -konzepte erarbeitet worden seien. Seitens der Tagespresse musste sich Alleva aufgrund der hohen Kosten, welche diese Massnahme für Industrie und Gewerbe mit sich gebracht hätte, teils scharfen Vorwürfen stellen.

Abseits von Corona ging das Verbandswesen seinen gewohnten Gang. So kam es beispielsweise zu Personalmutationen (nicht abschliessende Auflistung): Jacques Bourgeois trat Ende März nach fast zwei Jahrzehnten von seinem Amt als Direktor des Schweizerischen Bauernverbands (SBV) zurück und wurde von Martin Rufer abgelöst. Flavia Kleiner gab ihr Amt als Co-Präsidentin bei Operation Libero per 20. Juni ab, nachdem sie dieses seit der Gründung der Bewegung 2014 innegehabt hatte, zuletzt zusammen mit Laura Zimmermann. Ihre Nachfolge trat Stefan Manser-Egli an. Einen Wechsel gab es auch bei Economiesuisse, hier trat Christoph Mäder per 1. Oktober die Nachfolge des bis dahin amtierenden Economiesuisse-Präsidenten Heinz Karrer an. Karrer hatte zuvor zwölf Jahre im Vorstand des Wirtschaftsverbands geamtet, sieben davon als Präsident. Ebenfalls im Oktober wurde am Gewerbekongress in Freiburg der Tessiner Fabio Regazzi (cvp) als neuer Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) bestätigt, Diana Gutjahr (svp, TG) wurde in den Vorstand gewählt. Gemäss NZZ wäre die Wahl Gutjahrs anstelle Regazzis wünschenswert gewesen, denn sie, so analysierte die Zeitung, hätte unter anderem in Anbetracht der tiefen Frauenquote beim SGV frischen Wind in den Verband gebracht.

Ferner fanden 2020 mehrere Volksabstimmungen statt. Auch die **Verbände nahmen zu den Anliegen Stellung und fassten Parolen**.

Medienwirksam diskutiert wurde die von der AUNS zusammen mit der SVP lancierte Begrenzungsinitiative. Sowohl die grossen Wirtschaftsverbände – vertreten durch den SGV und Economiesuisse – als auch die Arbeitnehmerverbände – vertreten durch den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), Travail.Suisse sowie die Gewerkschaften Unia, Syna und VPOD – lehnten die Initiative ab. Ein besonders wichtiges Gegenargument war die Befürchtung einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU, die eine Annahme der Initiative womöglich zur Folge gehabt hätte.

Die grossen Schweizer Wirtschaftsdachverbände Economiesuisse, der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV), der SGV sowie der SBV fassten ferner gemeinsam die Nein-Parole zur ebenfalls viel diskutierten Konzernverantwortungsinitiative, über die im November abgestimmt wurde. Diese verlangte, dass Unternehmen rechtlich belangt werden können, sollten diese oder ihre Tochterfirmen im Ausland gegen geltende Menschenrechte und Umweltstandards verstossen. Die Wirtschaft, so hiess es seitens der Verbände, stehe ohne Wenn und Aber zu den Menschenrechten und Umweltstandards, doch, so die Argumentation, würde eine Annahme der Initiative Betroffenen im Ausland kaum helfen, zu Rechtsunsicherheit führen und dabei die

Schweizer Wirtschaft unter Generalverdacht stellen. Der Gegenvorschlag, welcher bei Ablehnung der Initiative in Kraft treten würde und anstelle von rechtlichen Konsequenzen mehr Transparenz forderte, genoss von den Verbänden Unterstützung. Eine noch grössere Anzahl an Verbänden und insbesondere NGOs stand hingegen für die Initiative ein: Amnesty International, Greenpeace, Swissaid oder die Gesellschaft für bedrohte Völker gehörten zu den Trägerorganisationen der Konzernverantwortungsinitiative. Die Operation Libero, die Unia, der WWF, Terre des Femmes, der SGB und zahlreiche weitere Umweltschutz-, Menschenrechts- und Arbeitsrechtsorganisationen sicherten dem Anliegen ihre Unterstützung zu.

Auch historische **Jubiläen** konnten im Coronajahr begangen werden: Die Dachorganisation für lokale und regionale Behindertenorganisationen Pro Infirmis feierte ihr 100-jähriges Bestehen; Economiesuisse konnte diese Zahl gar noch überbieten: Seit 150 Jahren gibt es den Dachverband der Schweizer Wirtschaft, wenngleich nicht immer in gleicher Form wie heute.

Zu Jahresbeginn erreichte der **Anteil der Zeitungsberichte zum Thema «Verbände»** gemessen an allen anderen 2020 durch Année Politique Suisse erfassten Berichte seinen höchsten Wert und sank dann, mit einem erneuten leichten Anstieg im Sommer, bis Ende Jahr deutlich ab. Am stärksten in den Medienberichterstattungen vertreten waren die Industrieverbände sowie die Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände. Ebenfalls öfters Thema der medialen Berichterstattung waren die Gewerbeverbände, wenig vertreten waren hingegen die Landwirtschaft und die übrigen Arbeitgeberverbände.¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 30.11.2021
HANS-PETER SCHAUB

Die grossen **Dachverbände der Arbeitgebenden und der Gewerkschaften sowie zahlreiche Branchenverbände** bezogen zu verschiedenen Zeitpunkten im Jahr 2021 **Position zur Pandemiepolitik** der Behörden und stellten Forderungen dazu auf. Während Arbeitgebendenverbände aus verschiedenen Branchen wie auch die Gewerkschaften sich in ihrer Unterstützung für Hilfgelder und Kurzarbeit im Grossen und Ganzen einig waren, traten bei anderen Massnahmen deutliche Interessengegensätze zutage.

Die Gewerkschafts-Dachverbände **SGB** und **Travail.Suisse** unterstützten die beiden Covid-Vorlagen in den Abstimmungen vom Juni und November 2021. Auch darüber hinaus wiesen die Gewerkschaften immer wieder auf die zentrale Bedeutung der Kurzarbeit, des Erwerb ersatzes und der Unterstützungsgelder für betroffene Unternehmen hin, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu begrenzen; Travail.Suisse forderte überdies die Verlängerung dieser Massnahmen, bis die Wirtschaft das Niveau vor März 2020 wieder erreicht hat. Bei Diskussionen über Massnahmenlockerungen mahnten SGB und Travail.Suisse meist zu behutsamen Schritten, denn ein vorsichtiger Weg führe letztlich schneller aus der Krise. Zu ihren Hauptforderungen zählten im Weiteren die Umsetzung und Kontrolle von Schutzkonzepten am Arbeitsplatz sowie die Sicherstellung der Fürsorgepflicht der Arbeitgebenden auch im Homeoffice. Der SGB wies darauf hin, dass es als Folge der Pandemie zu einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse etwa bei Kurierdiensten oder im Onlinehandel gekommen sei, was die Notwendigkeit von Gesamtarbeitsverträgen für diese Branchen verstärke. Travail.Suisse setzte sich zudem für eine Beibehaltung der öffentlichen Finanzierung der Testkosten ein und erklärte sich mit der Zertifikatspflicht im Grundsatz einverstanden, warnte aber vor deren Anwendung am Arbeitsplatz.

Besonders stark profilierte sich der Arbeitgebendenverband des Gastgewerbes, **GastroSuisse**, mit seinem Präsidenten Casimir Platzer, in der Öffentlichkeit. Platzer äusserte sich im Frühjahr immer wieder mit markigen Worten gegen die Schliessung der Innenräume von Gastbetrieben und sprach von einer drohenden «Zerstörung der Branche». Die Öffnung der Innenräume kam schliesslich im Rahmen eines Lockerungspakets per Anfang Juni, freilich mit gewissen Einschränkungen – etwa einer Sitzpflicht und einer Begrenzung auf vier Personen pro Tisch. Vor der Abstimmung vom 13. Juni sprach sich GastroSuisse für ein Ja zum Covid-19-Gesetz aus, das unter anderem die gesetzliche Grundlage für die Härtefallgelder an die Gastrobranche enthielt. Auch wenn Platzer in diesem Abstimmungskampf auf derselben Seite stand wie der Bundesrat, wiederholte er in einem Interview mit der BZ im selben Monat eine Aussage, die er schon im Vorjahr gemacht hatte: Er bewerte die **Coronapolitik des Bundesrats weiterhin mit der Note «ungenügend»**. Seit Ende 2020 machten die Behörden «Panik mit diesen Varianten und Mutanten», was aus Platzers Sicht übertrieben sei, die bis Ende Mai 2021 anhaltenden Einschränkungen der Wirtschaft

seien nicht gerechtfertigt. Zudem flössen die Hilfsgelder an die Gastrobetriebe unregelmässig und langsam; damit dies bei einer künftigen Pandemie rascher gehe, hatte GastroSuisse bereits im März eine Volksinitiative angekündigt. Nach den Sommerferien opponierte GastroSuisse dann scharf, aber vergeblich, gegen die Pläne des Bundesrats zur **Ausweitung der Zertifikatspflicht** auf die Innenräume von Gastrobetrieben. Weil Ungeimpfte nicht bereit sein dürften, sich für jeden Restaurantbesuch testen zu lassen, befürchtete GastroSuisse – unter anderem gestützt auf eine Umfrage unter seinen Mitgliedern – massive Umsatzeinbussen insbesondere bei Betrieben auf dem Land, wo die Impfquote geringer war als in der Stadt. GastroSuisse-Präsident Platzer sprach in dem Zusammenhang davon, dass der Bundesrat die Impfquote auf dem Buckel des Gastgewerbes steigern wolle; zumindest müsse der Bund die zusätzlichen Umsatzverluste durch Hilfsgelder entschädigen. In der Folge äusserten nicht nur Medien öffentliche **Kritik an Platzer** – der Blick nannte ihn etwa «den Dauerempörten», für den «immer die Beizer die Opfer sind» –, sondern vermehrt auch Stimmen aus der Branche selbst. Dazu zählten etwa die Direktorin der Hotelfachschule Luzern Christa Augsburg, der langjährige Präsident des Zürcher Wirtverbandes Ernst Bachmann und Präsidenten weiterer Kantonalverbände. Sie machten geltend, dass es auch im Sinn des Gastgewerbes sei, wenn die Zertifikatspflicht zu einer Reduktion der Fallzahlen führe; andernfalls drohe mit einem erneuten Lockdown ein weit schlimmeres Szenario. Ausserdem bedeute das «ewige Gejammer» einen Imageschaden für die Branche. Die Energie solle besser auf den Einsatz für angemessene Hilfsgelder konzentriert werden. Mit Blick auf die Abstimmung über die zweite Revision des Covid-19-Gesetzes im November, bei der sich die Diskussion vor allem um das Zertifikat drehte, beschloss GastroSuisse dann Stimmfreigabe. **Hotelleriesuisse** und der **Schweizer Tourismusverband** unterstützten die Vorlage hingegen, auch weil eine Zertifikatspflicht vielen Gästen – gerade auch aus dem Ausland – Sicherheit gebe.

Manche dieser Forderungen von GastroSuisse waren nicht nur intern umstritten, sondern wurden auch von den grossen Dachverbänden **Economiesuisse** und **Schweizer Arbeitgeberverband** (SAV) nicht geteilt. Zu Dissonanzen führte zunächst, dass die beiden Dachverbände im Februar einen Vorschlag für eine stufenweise Lockerung des Lockdowns vorlegten, der die Öffnung der Restaurants erst relativ spät, nach Impfung aller Risikopersonen, ansetzte. Economiesuisse begründete dies damit, dass man mit dem Plan ein «ausgewogenes» Konzept habe vorlegen wollen, «mit dem alle Planungssicherheit gewinnen». Ein erneuter Konflikt mit GastroSuisse entbrannte, als sich Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder im August für eine Zertifikatspflicht auch in Gastbetrieben aussprach. GastroSuisse und Hotelleriesuisse zeigten sich irritiert darüber, dass sie als direkt betroffene Branchenverbände von Economiesuisse vorgängig nicht einmal konsultiert worden seien.

Im Allgemeinen gaben sich Economiesuisse und SAV in ihren Positionen zur Pandemiepolitik vergleichsweise staatstragend und versuchten insbesondere auf mehr **Planungssicherheit** hinzuwirken. Zumindest in ihren öffentlich vorgetragenen Forderungen war ein gewisses Bestreben zu erkennen, auf Maximalforderungen zugunsten kurzfristiger Wirtschaftsinteressen zu verzichten und vielmehr eine nachhaltige, letztlich auch im Interesse der Wirtschaft liegende Pandemiebewältigung zu unterstützen. Im April handelten sich die beiden Verbände allerdings heftige Kritik ein, als sie davon sprachen, dass bis zu 30'000 Covid-19-Neuinfektionen pro Tag «verkräftbar» seien, sobald die Risikopersonen geimpft seien. Sie mussten diese Aussage in der Folge relativieren, hielten aber daran fest, dass sich die Massnahmen nach einer Impfung breiterer Bevölkerungsgruppen weniger an den Ansteckungszahlen und mehr an den Hospitalisationszahlen orientieren sollten. Ebenfalls im April forderten Economiesuisse und SAV eine Öffnung der Restaurantterrassen und die Umwandlung der Homeoffice-Pflicht in eine Empfehlung. Im Herbst befürworteten die beiden Dachverbände die Zertifikatspflicht, um drastischere Einschränkungen zu vermeiden, und vertraten diese Haltung auch im Abstimmungskampf über die zweite Revision des Covid-19-Gesetzes. Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder argumentierte in einem Gastbeitrag in der NZZ, das Zertifikat helfe «ein Stück Normalität im Alltag» zu ermöglichen und weitere Lockdowns zu vermeiden. Ausserdem erleichtere es den internationalen Reiseverkehr, was gerade für Geschäftsreisen wichtig sei. Ein Wunsch nach Planungssicherheit war auch in der Forderung von Economiesuisse und SAV vom Herbst zu erkennen, dass der Bund verbindlich erklären solle, ab welchen Impfquoten er einen Ausstieg aus den Massnahmen beschliessen werde. Der Bundesrat lehnte einen solchen Automatismus indessen ab, da die Entwicklung der Pandemie zu unberechenbar sei.

Der **Gewerbeverband** (SGV) gab wie der SAV und Economiesuisse bei beiden

Abstimmungen über das Covid-19-Gesetz die Ja-Parole heraus, markierte aber ansonsten grössere Distanz zu den Massnahmen des Bundes. So forderte er etwa bereits im April eine sofortige Öffnung aller damals aufgrund der zweiten Pandemiewelle geschlossenen Wirtschaftszweige. Als der Bundesrat Ende Juni die Homeoffice-Pflicht und das Testregime für Unternehmen aufhob, begrüßte der SGV dies, forderte aber weitergehende Schritte: So sollten etwa auch die Einschränkungen für Gruppengrößen in Restaurants und – von deutlich grösserer Tragweite – die besondere Lage gemäss Epidemienengesetz aufgehoben werden. Die «Sonderrechte», welche die besondere Lage dem Bundesrat verschaffe, drohten gemäss SGV «die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten ins Unermessliche steigen» zu lassen. Der SGV drang mit dieser Forderung indessen nicht durch; wie die NZZ zu bedenken gab, hätte eine Aufhebung der besonderen Lage zur Folge, dass Massnahmen wie etwa die Maskenpflicht im ÖV oder Vorgaben für Veranstaltungen dann wieder den Kantonen obliegen würden, womit ein Flickenteppich uneinheitlicher Massnahmen drohen würde.²

BERICHT
DATUM: 31.12.2021
HANS-PETER SCHAUB

Jahresrückblick 2021: Verbände

2021 wurde die Verbandslandschaft in der Schweiz wie schon im Vorjahr wesentlich durch das Coronavirus und die Massnahmen zu dessen Bekämpfung geprägt. So versuchten die Dachverbände der Arbeitgebenden und der Gewerkschaften wie auch zahlreiche Branchenverbände wiederholt mit Positionsbezügen auf die Pandemiepolitik der Behörden Einfluss zu nehmen. Während in der Unterstützung für Hilfgelder und Kurzarbeit im Grossen und Ganzen Einigkeit zwischen Gewerkschaften und Verbänden der Arbeitgebenden aus verschiedenen Branchen herrschte, traten bei anderen Massnahmen deutliche Interessengegensätze zutage. Besonders stark profilierte sich in der Öffentlichkeit **GastroSuisse** mit seinem Präsidenten Casimir Platzer, der sich im Frühjahr immer wieder mit markigen Worten gegen die Schliessung der Innenräume von Gastbetrieben und im Herbst gegen die Zertifikatspflicht in Restaurants äusserte. Diese Forderungen brachten Platzer nicht nur mit manchen Gegenstimmen aus den eigenen Reihen in Konflikt, sondern auch mit **Economiesuisse** und dem Schweizer **Arbeitgeberverband** (SAV): Die beiden Dachverbände befürworteten die Zertifikatspflicht, forderten aber vom Bundesrat verbindliche Aussagen darüber, ab welchen Impfquoten er welche Lockerungsschritte ausrufen werde. Der **Gewerbeverband** (SGV) gab wie der SAV und Economiesuisse bei beiden Abstimmungen über das Covid-19-Gesetz die Ja-Parole heraus, markierte aber ansonsten grössere Distanz zu den Massnahmen des Bundes.

Auch die Gewerkschafts-Dachverbände **SGB** und **Travail.Suisse** unterstützten die beiden Covid-Vorlagen. Darüber hinaus wiesen die Gewerkschaften immer wieder auf die zentrale Bedeutung der Kurzarbeit, des Erwerbssersatzes und der Unterstützungsgelder für betroffene Unternehmen hin, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu begrenzen. Mit der Argumentation, dass ein vorsichtiger Weg letztlich schneller aus der Krise führe, mahnten SGB und Travail.Suisse bei Diskussionen über Massnahmenlockerungen meist zu behutsamen Schritten. Zu ihren Hauptforderungen zählten im Weiteren die Umsetzung und Kontrolle von Schutzkonzepten am Arbeitsplatz sowie die Sicherstellung der Fürsorgepflicht der Arbeitgebenden auch im Homeoffice.

Eine strikte oder sogar absolute Beachtung individueller Freiheitsrechte und ein verhältnismässiges Vorgehen des Staats gehörten zu den Hauptforderungen mehrerer politischer **Gruppierungen, die im Zuge der Proteste gegen die Covid-19-Massnahmen entstanden** und in der öffentlichen Debatte teilweise starke Beachtung fanden. Zu den prominentesten dieser neuen Organisationen zählten die «Freunde der Verfassung», die im Herbst 2021 bereits über 12'000 Mitglieder zählten und die gleich bei mehreren Referenden und Initiativen eine bemerkenswerte Fähigkeit zum Sammeln von Unterschriften an den Tag legten. Weitere Organisationen, die sich zu Sprachrohren der Covid-Protestbewegung entwickelten, waren die an die jüngere Generation gerichtete Gruppierung «Mass-voll!», das «Aktionsbündnis Urkantone für eine vernünftige Corona-Politik» sowie die «Freiheitstrychler». Auch wenn es zwischen diesen Organisationen bisweilen Differenzen über Inhalte und Stil gab, waren sie in ihrer Opposition gegen das Covid-19-Gesetz und gegen dessen zweite Revision geeint; sie unterlagen indessen in beiden Volksabstimmungen klar.

Aber auch unabhängig von der Pandemie machten Verbände und Organisationen im Jahr 2021 von sich reden, so beispielsweise die **Operation Libero**, die sich gleich zu Beginn des Jahres mit einem medienwirksamen Crowdfunding erfolgreich aus einem

Engpass bei der Finanzierung ihrer Fixkosten befreite, im Oktober mit Sanija Ameti eine profilierte neue Co-Präsidentin präsentierte und kurz darauf zusammen mit den Grünen eine Volksinitiative für eine engere Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU ankündigte.

Eher gegen den eigenen Willen geriet im Herbst die **Gewerkschaft Unia** in die Schlagzeilen, weil der beträchtliche Umfang ihres Vermögens bekannt wurde. Die Unia musste sich in der Folge gegen verschiedene Kritikpunkte verteidigen. Die Diskussion befeuerte aber auch übergeordnete Debatten, die bereits davor am Laufen gewesen waren, namentlich jene um eine angemessene Transparenz in der Politikfinanzierung und jene um eine korrekte Abgeltung der Sozialpartner für ihre quasistaatlichen Aufgaben bei der Kontrolle der Einhaltung allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsverträge.

Auf der Seite der **Arbeitgeber-Dachverbände** bekannten sich Economiesuisse, der SGV und der SAV 2021 zum Ziel, in Zukunft eine stärkere und harmonischere Zusammenarbeit zugunsten der gemeinsamen Interessen zu pflegen. Das Bekenntnis ist als Neuanlauf zu werten, nachdem in den Vorjahren – etwa vor der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative Ende 2020 – beträchtliche Spannungen zwischen SGV und Economiesuisse zutage getreten waren und sich die Wirtschaftsverbände bei verschiedenen Volksabstimmungen nur mit Mühe oder gar nicht hatten durchsetzen können. Dasselbe war im Jahr 2021 namentlich bei den Abstimmungen über das Freihandelsabkommen mit Indonesien und das E-ID-Gesetz der Fall.

Auch andere Verbände **engagierten sich mit wechselndem Erfolg in Abstimmungskämpfen**. So konnte etwa der Bauernverband nach einer von ihm angeführten Kampagne, die zu einer aussergewöhnlich starken Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung beitrug, im Juni die Ablehnung der Trinkwasserinitiative und der Pestizidinitiative feiern. Intern gespalten war bei der Parolenfassung zur Trinkwasserinitiative der Interessenverband der biologischen Landwirtschaft BioSuisse, eine Mehrheit seiner Delegierten entschied sich schliesslich für eine Nein-Empfehlung; die Pestizidinitiative wurde von BioSuisse hingegen unterstützt. Bei der Ablehnung des CO₂-Gesetzes gehörten Verbände des Autogewerbes und der Erdölindustrie, der Hauseigentümergeverband und GastroSuisse zu den Siegern. Die Gewerkschaften wiederum konnten mit der Ablehnung des E-ID-Gesetzes und der Annahme der vom Berufsverband der Pflegefachleute (SBK) lancierten Pflegeinitiative Erfolge feiern; dies ist umso bemerkenswerter, als davor noch nie in der Schweizer Abstimmungsgeschichte eine gewerkschaftlich initiierte Volksinitiative an der Urne angenommen worden war. Auf ähnlich erfolgreiche Kampagnen in der Zukunft hoffen nebst der Operation Libero mit der oben erwähnten Europainitiative auch GastroSuisse mit seiner im März angekündigten Volksinitiative für «gerechte Entschädigungen» in künftigen Pandemiefällen sowie die GSoA mit ihrer Volksinitiative «Stopp F-35», welche die vom Bund geplante Beschaffung von Kampfflugzeugen des Typs F-35 unterbinden soll und für die 2021 bereits die Unterschriftensammlung begann.

Der **Anteil der Verbände an der Presseberichterstattung** bewegte sich 2021 auf ähnlichem Niveau wie in den beiden Vorjahren (vgl. Abbildung 2 der APS-Zeitungsanalyse 2021 im Anhang). Im Jahresverlauf nahmen Verbände zwischen September und November am meisten Raum ein (vgl. Abbildung 1). Dies hatte zum einen mit der Berichterstattung zum Unia-Vermögen und zum SBK als Initiant der Pflegeinitiative zu tun. Noch mehr trug die Kategorie «Andere Verbände» bei, von denen neben der Operation Libero und GastroSuisse vor allem Gruppierungen der Klimabewegung – unter anderem mit Protestaktionen von Extinction Rebellion und einer Klage der Klimaseniorinnen – in der Presse von sich reden machten.³

Arbeitnehmer, Gewerkschaften

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 24.10.1980
PETER GILG

Als führende Organisation der Arbeitnehmer feierte der **Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) 1980** sein **100jähriges Bestehen**. Dies bot in einer breiteren Öffentlichkeit Anlass, Entwicklung und Bedeutung des Gewerkschaftswesens zu würdigen. Der SGB begnügte sich freilich nicht mit einer Rückschau, sondern gab sich nach zwanzig Jahren erstmals wieder ein neues Arbeitsprogramm. Im Unterschied zu 1960/61, als Wachstum, Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft im Vordergrund standen, betonte man nunmehr Qualität vor Quantität, Humanisierung vor Technik, demokratische Kontrolle und Planung neben Wettbewerb sowie Mitbestimmung, ja Selbstverwaltung. Besondere Akzente des Programms bilden Vorbehalte gegenüber der Atomenergie, Forderungen nach völliger Gleichstellung der Frau und nach Befreiung der Medien von Wirtschaftsinteressen und gar Bereitschaft zu Wohlstandseinbussen zugunsten der Dritten Welt. Ein doppeltes Vernehmlassungsverfahren trug zur Profilierung des Dokuments bei, das von den einen als Bestätigung des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems, von andern als Zuwendung zu Planwirtschaft und Kollektivismus interpretiert wurde.⁴

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 01.01.1990
HANS HIRTER

In den achtziger Jahren haben der **SGB knapp 16'000** und die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (**VSA**) **gut 9'000** Mitglieder eingebüsst, während der CNG – vor allem dank seiner erfolgreichen Bauarbeitergewerkschaft – **knapp 10'000 gewonnen hat**. Unter Berücksichtigung aller Arbeitnehmerorganisationen wurde der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Schweiz auf rund 27% geschätzt. Im westeuropäischen Vergleich befindet sich die Schweiz damit vor Frankreich und Spanien (22% resp. 19%) auf dem drittletzten Platz. Ein wichtiger Grund dafür besteht im schlechten Organisationsgrad der Frauen: während rund 37% der Männer gewerkschaftlichen Interessenverbänden angehören, trifft dies nur ungefähr auf 12% der weiblichen Arbeiterinnen und Angestellten zu.⁵

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 08.08.1990
HANS HIRTER

Die Auseinandersetzungen über einen neuen **Gesamtarbeitsvertrag für das Buchbindergewerbe** zeigte, dass sich selbst die Gewerkschaften mit der lohnmassigen Gleichstellung der Geschlechter zum Teil noch schwer tun. Auf Empfehlung der leitenden Gremien der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) hätten die Gewerkschaftsmitglieder einem Vertrag zustimmen sollen, der bei den **Ungelernten unterschiedliche Mindestlöhne für Frauen und Männer vorsah**. Die – vom SGB-Kongress mit einer Resolution unterstützte – Frauenkommission der GDP reichte rechtliche Klage ein und erwirkte damit einen Aufschub der Vertragsunterzeichnung.⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 10.09.1990
HANS HIRTER

Von den sechs Volksinitiativen, über die 1990 abgestimmt wurde, fanden **zwei («Stopp dem Beton» und «Kleeblatt-N5») beim SGB keine Unterstützung**. Den Verfassungsartikel zur Energiepolitik empfahl er zur Annahme, die drei mit Referenden bekämpften Gesetzesrevisionen (Rebbau, Bundesgericht und Strassenverkehrsgesetz) zur Ablehnung. Die Parolen des CNG deckten sich weitgehend mit denen des SGB. Der einzige Unterschied bestand darin, dass er alle drei Kleeblattinitiativen (also auch den Verzicht auf die N5) unterstützte.⁷

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 20.10.1990
HANS HIRTER

Im Zentrum des Kongresses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 18.-20. Oktober in Interlaken stand die **Regelung der Nachfolge des zurücktretenden Präsidenten**, des SP-Nationalrats Fritz Reimann (BE). Dabei setzte sich der Zürcher VPOD-Sekretär und ex-Nationalrat Walter Renschler (sp) gegen die Präsidentin des Syndikats der Medienschaffenden, Tiziana Mona, und den Sekretär des Solothurner Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Ernst Leuenberger (sp) durch. Während Leuenberger im ersten Wahlgang ausschied, vermochte **Renschler die Tessiner Journalistin Mona im zweiten Durchgang nur knapp zu distanzieren**.⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 20.10.1990
HANS HIRTER

Zweites wichtiges Kongressthema war die Diskussion über ein Papier der SGB-Leitung zur europäischen Integration. Die Delegierten äusserten sich **vorwiegend positiv zu einem Beitritt der Schweiz zur EG**, knüpften daran allerdings einige Bedingungen im sozialen Bereich. Es waren vor allem die Delegierten des SMUV und der GBH, welche sich für einen Beitritt einsetzten und den Vorstand zu einer rascheren Gangart drängten. Eine Delegiertenkonferenz des SMUV beschloss im November, die von einigen Medienunternehmen lancierte Volksinitiative für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EG zu unterstützen.⁹

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 20.10.1990
HANS HIRTER

An seinem Kongress in Interlaken beschloss der SGB auf Antrag des SMUV einstimmig, am 14. Juni 1991 einen landesweiten Frauenstreik zu organisieren. Damit soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch **zehn Jahre nach der Annahme des Gleichheitsartikels** in der Bundesverfassung die Gleichstellung der Geschlechter, namentlich im Lohnbereich, noch **nicht verwirklicht ist**.¹⁰

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 28.12.1990
HANS HIRTER

Die Mitgliederzahl des **SGB erhöhte sich 1990 um 0,6% auf 443'885**. Die Zahl der im SGB organisierten Frauen stieg um 2,5% auf 56'500, was einem Anteil von 12,7% entspricht. Den grössten absoluten Zuwachs verzeichnete die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), welche mit 124'501 stärkste Organisation des SGB blieb und in den letzten zehn Jahren ihren Mitgliederbestand um gut 11'000 zu steigern vermochte. Der Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband (SMUV) hatte erneut einen Mitgliederrückgang zu beklagen; immerhin konnte er, nach dem Rückschlag im Vorjahr, wieder mehr Frauen (+498) zum Beitritt animieren.

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 27.02.1991
HANS HIRTER

Die Klage von 22 Gewerkschafterinnen gegen ihre eigene Gewerkschaft Druck und Papier wegen des Abschlusses eines Gesamtarbeitsvertrags, welcher für ungelernete Frauen tiefere Löhne als für Männer vorsah, **war erfolgreich**. Der Appellationshof des bernischen Obergerichtes erklärte die gewerkschaftliche Urabstimmung über den Gesamtarbeitsvertrag für ungültig, weil dieser gegen das in Artikel 4 BV festgelegte Lohnleichheitsprinzip verstösst.¹¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.06.1991
HANS HIRTER

Von den vier der Volksabstimmung unterbreiteten Vorlagen erhielten das **Stimmrechtsalter 18, die LdU-Initiative für den öffentlichen Verkehr und die Finanzreform die Unterstützung** sowohl des SGB als auch des CNG und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA). Der SGB lehnte hingegen die Entkriminalisierung der Dienstverweigerung als zu wenig weit gehend ab; die VSA sprach sich dafür aus und der CNG verzichtete auf eine Parole.¹²

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 07.09.1991
HANS HIRTER

Nachdem sich die Delegierten des SGB bereits im Vorjahr positiv zu einem EG-Beitritt geäussert hatten, forderte der SGB im August den **Bundesrat zur raschen Einreichung eines Beitrittgesuchs auf**. Er drohte, dass er ohne ein solches Gesuch den EWR-Vertrag nicht unterstützen werde. Auch die grösste Gewerkschaft des CNG, der Christliche Bau- und Holzarbeiterverband (CHB) forderte an seinem Kongress vom 7. September in Zürich die Einreichung eines Beitrittgesuchs.¹³

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 07.11.1991
HANS HIRTER

Die **Restrukturierungs- und Konzentrationsbestrebungen** innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. In der **graphischen Branche** beschlossen die Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) und der Schweizerische Lithographenbund, mit der Bildung einer gemeinsamen Dachorganisation ihrer bisher losen Zusammenarbeit einen verbindlichen Rahmen zu geben.

Die **Gewerkschaft Bau und Holz (GBH)**, mit mehr als 120'000 Mitgliedern grösste Einzelgewerkschaft im SGB, **reagierte positiv auf die Fusionswünsche der Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP)**. Sie gab an ihrem Kongress im Oktober in Genf bekannt, dass sie sich spätestens 1993 mit der rund zehnmal kleineren GTCP zu einer neuen Gewerkschaft vereinigen wolle. Zum neuen Präsidenten wählte die GBH anstelle des altershalber zurücktretenden Roland Roost den Tessiner Vasco Pedrina.¹⁴

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 28.12.1991
HANS HIRTER

Der konjunkturelle Einbruch hat den Gewerkschaften 1991 noch keinen Mitgliederzuwachs gebracht. Der Bestand des SGB **reduzierte sich um 0,4% auf 442'314**. Die im privaten Sektor tätigen Gewerkschaften des SGB mussten einen Rückgang um 4'868 Mitglieder (-1,6%) in Kauf nehmen; betroffen davon war auch die in den letzten Jahren stetig expandierende GBH, welche aber mit 123'518 (-0,8%) Organisierten stärkste Einzelgewerkschaft blieb. Die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors konnten hingegen eine Zunahme um 3'297 (+2,3%) verzeichnen; mehr als die Hälfte davon ging auf das Konto des Eisenbahner-Verbandes (+3,2%). Der VPOD, der sich im Herbst in mehreren Kantonen mit Kampf- und Protestaktionen für die Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs engagiert hatte, wuchs bis Ende 1991 um 559 Mitglieder (+1,3%).¹⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.02.1992
HANS HIRTER

Die sich weiter **verschlechternde Konjunkturlage** veranlasste die Gewerkschaften, in die **Offensive zu gehen und vom Staat Massnahmen** zur Ankurbelung der Wirtschaft, vor allem des Baugewerbes, zu fordern. Den Anfang machte im Februar der CNG, der SGB folgte wenige Tage später und verlangte zusätzlich auch noch eine Lockerung der Geldpolitik der Nationalbank.¹⁶

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 10.06.1992
HANS HIRTER

Der SGB gab sich an seinem ausserordentlichen Kongress vom 9. und 10. Juni in Bern ein neues Arbeitsprogramm. Dieses zeichnet sich im wesentlichen durch Kontinuität aus, postuliert aber auch eine **grössere Bedeutung des Engagements für die Gleichstellung der Geschlechter in Beruf, Gesellschaft und Familie**.¹⁷

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 17.07.1992
HANS HIRTER

Auf Ende Jahr **trat Beat Kappeler nach 15jähriger Tätigkeit als Sekretär des SGB zurück**. Der in Wirtschaftsfragen oft liberale Standpunkte vertretende Kappeler hatte sich nicht zuletzt auch als Europa-Kenner und engagierter Verfechter eines schweizerischen EG-Beitritts einen Namen gemacht. Zu einem europapolitischen Kurswechsel des SGB dürfte sein Rücktritt allerdings kaum führen, wurde doch dieses Dossier von der ähnliche Positionen vertretenden SGB-Sekretärin **Margrit Meier übernommen**.¹⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.08.1992
HANS HIRTER

Bei den übrigen eidgenössischen Volksabstimmungen sprach sich der SGB **für die Krankenkasseninitiative aus** und gab zur Tierschutzinitiative die Stimme ebenso frei wie zur Gewässerschutzinitiative und zum IWF-Beitritt. Der SGB **bekämpfte hingegen die Stempelsteuergesetzrevision**, gegen die er zusammen mit der SP das Referendum ergriffen hatte.¹⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 07.09.1992
HANS HIRTER

In der Europapolitik gab sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) **weiterhin integrationsfreundlich**. Anfangs März wiederholte er seine Aufforderung an den Bundesrat, noch vor der EWR-Abstimmung ein EG-Beitrittsgesuch einzureichen. Am ausserordentlichen Kongress in Bern vom 10. und 11. Juni begrüsst die Delegierten in einer ohne Gegenstimme und bei bloss vier Enthaltungen verabschiedeten Resolution das inzwischen vom Bundesrat in Brüssel eingereichte Gesuch.

Auch der **EWR wurde vom SGB unterstützt**, allerdings nicht ganz vorbehaltlos. Noch vor der parlamentarischen Behandlung hatte der SGB mit der Nein-Parole gedroht, falls nicht flankierende Massnahmen zum Schutz der einheimischen Arbeitskräfte vor 'Lohndumping' getroffen würden. Als geeignete Mittel propagierten die Gewerkschaften die Vereinfachung der Bestimmungen, mit denen Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich erklärt werden können, die Festlegung von Minimallöhnen und die Verpflichtung, bei der Bewerbung um öffentliche Aufträge die örtlichen Anstellungs- und Arbeitsbedingungen einzuhalten.²⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 13.10.1992
HANS HIRTER

Obwohl diese Forderungen auch von der SP unterstützt wurden, vermochten sie sich im Parlament nicht direkt, sondern nur als Absichtserklärungen in Form von Motionen durchzusetzen. Trotzdem fassten die **Delegierten des SGB mit 81 zu 3 Stimmen die Ja-Parole.**²¹

VERBANDSCHRONIK

DATUM: 26.12.1992
HANS HIRTER

Der Mitgliederbestand des SGB verringerte sich auch im zweiten Jahr der wirtschaftlichen Krise. Er nahm bis zum **Jahresende um 1,4% auf 436'548 ab**. Der Hauptanteil dieses Rückgangs ging zu Lasten der vor allem im Baugewerbe aktiven GIB, aber auch die anderen Verbände aus der Industrie und dem Gewerbe litten unter Mitgliederschwund. Zunehmende Mitgliederzahlen verzeichneten hingegen die im staatlichen Bereich tätigen Organisationen.²²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 25.03.1993
HANS HIRTER

Als wichtigste Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit pries der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) **kurzfristig staatliche Konjunkturspritzen** (wie zum Beispiel das vom Parlament beschlossene Impulsprogramm) und **langfristig eine ausgebauten Weiterbildung sowie radikale Arbeitszeitverkürzungen** an. Bemerkenswert war, dass bei letzteren die Gewerkschaftsspitze auch die Inkaufnahme eines Reallohnabbaus – zumindest für mittlere und obere Lohnkategorien – nicht ausschloss. In der Realität mussten die Gewerkschaften allerdings Verträge akzeptieren, welche in eine andere Richtung zeigten.²³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 26.03.1993
HANS HIRTER

Für die Realisierung des kurzfristigen Ziels der Konjunkturbelebung nach keynesianischem Muster lancierten die Gewerkschaften **zusammen mit linken Parteien und Organisationen in einer Reihe von Kantonen Volksinitiativen**. Die darin vom Staat verlangten zusätzlichen Aktivitäten sollen mit einem Steuerzuschlag für die oberen Einkommensklassen finanziert werden.²⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 01.05.1993
HANS HIRTER

Die **anhaltende Wirtschaftskrise und auch die Deregulierungs- und Flexibilisierungsbestrebungen** der Arbeitgeber veranlassten die Gewerkschaften, ihre Mitglieder vermehrt zu Demonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit und gegen eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse aufzurufen. In Bern wurden im Februar und im März zwei nationale Kundgebungen durchgeführt, an denen sich 8'000 resp. 15'000 Personen beteiligten. Die Kundgebungen zum 1. Mai waren aber nicht besser besucht als in den vergangenen Jahren.²⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 07.09.1993
HANS HIRTER

Nicht ganz unumstritten war die vom SGB herausgegebene **Ja-Parole zur Ersetzung der Umsatz- durch die Mehrwertsteuer**; insbesondere von welscher Seite wurde der Systemwechsel als «Geschenk» an die Unternehmer kritisiert.²⁶

VERBANDSCHRONIK

DATUM: 25.12.1993
HANS HIRTER

Die im SGB zusammengeschlossenen Verbände **verloren rund 5500 Mitglieder (-1,4%)** und zählten somit zu **Jahresende noch 431'052 Organisierte**. Ohne den Beitritt des Schweizerischen Musikerverbandes mit seinen fast 2'000 Mitgliedern wäre der Rückgang noch deutlicher ausgefallen. Die stärksten Einbussen erlitten die beiden grössten Verbände: die GBI und der SMUV mit 4'180 resp. 2'876 Personen. Die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste und der Verwaltung – Bereiche, die ebenfalls vom Stellenabbau betroffen waren – konnten hingegen ihren Bestand halten und zum Teil sogar noch leicht vergrössern.²⁷

VERBANDSCHRONIK

DATUM: 13.06.1994
HANS HIRTER

Die Frauen befinden sich unter den Gewerkschaftsmitgliedern **immer noch deutlich in der Minderheit** und konnten ihren Anteil in den letzten zehn Jahren nur geringfügig verbessern (von rund 12% auf 15,4% beim SGB). Bei den Führungspositionen vermochten sie aber ihre Stellung weiter auszubauen. Im Berichtsjahr übernahmen sie nicht nur das Co-Präsidium des SGB. Nachdem bereits die zweitgrösste Einzelgewerkschaft (SMUV) von einer Frau geleitet wird, wählte nun auch die viertgrösste Organisation (VPOD) mit Doris Schüepp eine Frau zur geschäftsleitenden Sekretärin.²⁸

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 25.06.1994
HANS HIRTER

Die bisher vor allem im Bau und in der Chemie verankerte GBI will vermehrt auch in den Dienstleistungssektor vordringen, da es **hier mit der gewerkschaftliche Organisation** – vor allem auch der Frauen – am **schlechtesten bestellt** ist. Ein ausserordentlicher Verbandskongress beauftragte am 25. Juni die Leitung, bis 1996 Vorschläge für eine diesbezügliche Gesamtstrategie und konkrete Aktionen auszuarbeiten. Die traditionellerweise im Dienstleistungssektor tätige Gewerkschaft Verkauf, Handel, Transport und Lebensmittel (VHTL) **reagierte sofort und heftig auf diese Absichtserklärung**. Ihrer Meinung nach sei es nicht zumutbar, dass die seit der Rezession im Baugewerbe unter Mitgliederschwund leidende GBI versuche, den anderen, ebenfalls im SGB organisierten Gewerkschaften die Mitglieder abzujagen.²⁹

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 05.11.1994
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hatte im Herbst den altershalber zurücktretenden Präsidenten Walter Renschler zu ersetzen. Als Favoriten zeichneten sich bald die Vorsitzenden der beiden grössten Einzelgewerkschaften, **Christiane Brunner** (SMUV) und **Vasco Pedrina** (GBI), ab. Doch beide liessen vorerst keine Ambitionen erkennen, dieses ehrenamtlich auszuführende Mandat zu übernehmen. Nationalrätin Brunner (sp, GE), weil sie auf jeden Fall die Leitung der Metallarbeitergewerkschaft behalten wollte, Pedrina, weil er wenig Chancen sah, die von ihm als notwendig erachtete Neuausrichtung des SGB durchzusetzen. Diese Zurückhaltung hat sicher dazu beigetragen, dass sich der SGB auf die Suche nach einem anderen Modell der Verbandsführung machte. Im April erklärten sich Brunner und Pedrina bereit, das **SGB-Präsidium gemeinsam zu übernehmen**. Opposition gegen dieses Job-sharing – von dem er einen Verlust an Schlagkraft befürchtet – meldete der drittgrösste Einzelverband, derjenige der Eisenbahner an. Am SGB-Kongress vom 3.-5. November in Montreux (VD) stimmten die Delegierten der Doppelbesetzung des Präsidiums mit Brunner und Pedrina zu.³⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.12.1994
HANS HIRTER

Die Forderung der Unternehmerverbände nach einem **Moratorium beim Ausbau der Sozialwerke** liess die Arbeitnehmerverbände näher zusammenrücken. Im Februar traten die Spitzen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG) und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit, in welcher sie sich **gegen dieses Ansinnen zur Wehr setzten**.

Verschiedene Gewerkschaften machten wie bereits im Vorjahr mit **Grossdemonstrationen** auf ihre Tarifforderungen aufmerksam. So demonstrierten Ende Mai in Bern rund 15'000 Bauarbeiter für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag mit mehr Lohn und kürzeren Arbeitszeiten. In Zürich gingen einmal 1'500 und einmal gut 1'000 städtische Angestellte und in Lausanne rund 2'000 Lehrerinnen und Lehrer auf die Strasse, um gegen sich verschlechternde Arbeitsbedingungen zu protestieren. Die Gewerkschaften der Druckindustrie führten am 3. November gar einen landesweiten Streik zur Unterstreichung ihrer Tarifforderungen durch.³¹

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 23.12.1994
HANS HIRTER

Die Mitgliederzahl des SGB ist **1994 um 0,5% auf 429'024 gesunken**. Ohne den Beitritt des rund 3'800 Mitglieder zählenden Posthalterverbandes wäre der Rückgang noch stärker ausgefallen. Den absolut grössten Mitgliederschwund wiesen der SMUV (-2'724) und der VPOD (-1'063) auf.³²

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 24.12.1994
HANS HIRTER

Im Berichtsjahr stellten die drei gewerkschaftlichen Diskussionsmagazine **«Gewerkschaftliche Rundschau»**, **«Revue syndicale»** und **«Diskussion»** ihr Erscheinen ein.³³

WAHLEN
DATUM: 22.10.1995
HANS HIRTER

Obwohl die unterschiedliche Haltung von SGB und SP zur 10. AHV-Revision zu einigen Spannungen zwischen den beiden traditionellen Partnern geführt hatte, schnitten die auf SP-Listen **kandidierenden Gewerkschafter bei den eidgenössischen Wahlen gut ab**. Dies gilt vor allem für die Westschweiz, wo mit Maria Roth-Bernasconi (GE), Jean-Claude Rennwald und Pierre-Alain Gentil (beide JU) gleich drei Gewerkschaftsfunktionäre neu ins Parlament gewählt wurden. Der Präsident des CNG, Hugo Fasel (csp, FR), konnte seinen Nationalratssitz ebenfalls halten und wechselte für die neue Legislaturperiode von der Fraktion der CVP zu derjenigen der Grünen.³⁴

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 03.11.1995
HANS HIRTER

Ähnlich wie der Bauernverband mussten auch die Gewerkschaften bei den eidgenössischen Volksabstimmungen **Niederlagen einstecken**. Die 10. AHV-Revision, gegen welche der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) gemeinsam das **Referendum ergriffen** hatten, nahmen die Stimmberechtigten am 25. Juni deutlich an. In einer Urabstimmung hatte sich zuvor auch die SP-Basis gegen das Referendum der Gewerkschaften ausgesprochen. Ebenfalls am 25. Juni lehnte das Volk mit klarer Mehrheit (73,4%) eine 1990 eingereichte **Volksinitiative des SGB** und der SP für einen Ausbau der AHV ab.³⁵

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 30.11.1995
HANS HIRTER

In Ausführung eines letztjährigen Verbandsbeschlusses machte sich die Leitung der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) an die Konkretisierung des Vorhabens, im Tertiärsektor Fuss zu fassen. Gemeinsam mit dem SMUV kündigte sie an, eine neue Gewerkschaft für das Personal der Bereiche Verkauf, Banken und Versicherungen ins Leben rufen zu wollen. Nach Ansicht der Promotoren ist die bisher – neben diversen Angestelltenverbänden – in diesen Sparten tätige SGB-Gewerkschaft Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel (VHTL) mit ihren gut 20'000 Mitgliedern zu schwach und zu wenig attraktiv, um unter den Angestellten des Dienstleistungssektors eine aktive Mitgliederwerbung zu betreiben. Die VHTL zeigte sich über dieses Vorgehen verärgert und forderte den **SGB zum Eingreifen auf**. Unterstützt wurde sie dabei auch vom Schweizerischen Kaufmännischen Verband. Im September stimmten die Delegierten der VHTL dann gegen eine Fusion mit einer anderen Organisation (im Gespräch war der VPOD) und lehnten auch ein Mitmachen beim Projekt von SMUV und GBI ab. Der SGB reagierte auf diesen Bruderzwist mit der Einsetzung einer Schiedskommission. Ende November gab die SGB-Leitung auf Anraten dieser Kommission den beiden grossen Gewerkschaften SMUV und GBI recht. Sie **erlaubte ihnen die Gründung einer neuen Gewerkschaft für den Dienstleistungsbereich**, wobei die Mitgliederwerbung allerdings einige Domänen mit starker VHTL-Präsenz (z.B. Migros, Coop, privates Transportgewerbe) ausklammern soll.³⁶

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 22.12.1995
HANS HIRTER

Der Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften hat sich im Berichtsjahr verschärft. Die zum SGB zusammengeschlossenen Organisationen **büssten 1995 rund 9'000 Mitglieder ein** und zählten zu Jahresende noch deren 419'843. Dieser Rückgang um 2,1% ist der grösste seit 1980. Auch die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände beklagte einen Rückgang der Mitgliederzahl um gut 5'000 auf 127'103. Beim CNG schätzte **man den Rückgang auf rund 2%**.³⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 14.06.1996
HANS HIRTER

Als Reaktion einerseits auf den Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen», welcher für die Zukunft erhebliche Finanzierungslücken konstatierte, und andererseits auf die Forderung der Arbeitgeber nach einem Ausbaustopp für die **Sozialwerke verlangten der SGB und die SP in einem gemeinsamen Papier einen weiteren Ausbau**. Konkret forderten sie sowohl die Einführung einer Mutterschaftsversicherung und des flexiblen Rentenalters ab 62 Jahren als auch die Erhöhung der Kinderzulagen und grössere staatliche Beiträge an die Krankenversicherungsprämien. Diese zusätzlichen Leistungen sollen primär über einen höheren Satz bei der Mehrwertsteuer und nur noch zu einem geringen Teil über neue Lohnprozente finanziert werden.³⁸

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 23.09.1996
HANS HIRTER

Der gewerkschaftsinterne Konkurrenzkampf um die Vertretung der Beschäftigten des privaten Dienstleistungssektors hielt im Berichtsjahr an. Einen Tag bevor der SMUV und die GBI die **formelle Gründung der neuen Gewerkschaft Unia** für diesen Sektor ankündigten, gab der bereits in diesem Bereich tätige VHTL bekannt, dass er die Zusammenarbeit mit den beiden nicht dem SGB angehörenden Angestelltenverbänden SKV (Schweizerischer Kaufmännischer Verband) und SBPV (Bankpersonalverband) intensivieren werde. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der neuen Gewerkschaft Unia soll im Detailhandel liegen, wo von den rund 300'000 Beschäftigten nur etwa 6% verbandlich organisiert sind. Die Mitgliederwerbung bei den Angestellten einiger der branchenstärksten Firmen (Migros, Coop, Usego) ist der Unia allerdings gemäss einem SGB-Schiedsspruch aus dem Vorjahr untersagt. Erste Erfolge konnte die Unia in ihrem Wettbewerb mit dem VHTL bereits erzielen. Die bisher unabhängige lokale Genfer Gewerkschaft «Actions» (knapp 6'000 Mitglieder) schloss sich der Unia an, ebenso der Tessiner Regionalsekretär des VHTL mit einem Teil der rund 500 Mitglieder zählenden

Kantonalsektion. Der SGB nahm an seiner Delegiertenversammlung vom 23. September in Bern die Unia in seine Reihen auf. Gleichzeitig stimmte er auch dem Beitritt der rund 375 Mitglieder zählenden Gewerkschaft der professionellen Fussballspieler (Profoot) zu.³⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 01.12.1996
HANS HIRTER

Erstmals seit langer Zeit konnten die Gewerkschaften wieder einmal bei einer eidgenössischen Volksabstimmung einen Sieg gegen die Arbeitgeberverbände und die bürgerlichen Parteien feiern. Mit einem Mehr von 67% **lehnte das Volk eine Lockerung der Vorschriften über die Nacht- und Sonntagsarbeit** im Rahmen einer Revision des Arbeitsgesetzes ab. Der SGB hatte zusammen mit dem CNG und der SP dagegen das Referendum ergriffen.

Ein Erfolgserlebnis verzeichneten die Gewerkschaften auch in der Konjunkturpolitik. Die vom SGB zusammen mit der SP vorgetragene Forderung nach einem **neuen Impulsprogramm** (Förderung von Investitionen der öffentlichen Hand) fand – dank der CVP – im **Nationalrat eine Mehrheit**.

VERBANDSCHRONIK

DATUM: 21.12.1996
HANS HIRTER

Den Mitgliederschwund konnten die Gewerkschaften auch im Berichtsjahr nicht aufhalten. Die zum SGB zusammengeschlossenen Organisationen **büssten 1996 rund 9'000 Mitglieder ein und zählten zu Jahresende noch deren 411'000**. Am stärksten war der Einbruch bei der vor allem im krisengeschüttelten Baugewerbe tätigen GBI, welche knapp 10'000 Mitglieder (-8,2%) verlor. Trotz der neuen Gewerkschaft Unia ist dem SGB der Durchbruch im Dienstleistungssektor noch nicht gelungen. Die Unia zählte zu Jahresende 7'000 Mitglieder, wovon allerdings fast 6'000 bereits vorher in einer nicht zum SGB gehörenden lokalen Genfer Organisation eingeschrieben waren; der VHTL seinerseits verlor rund 1'000 Mitglieder. Gegenläufig zum allgemeinen Trend hat die Zahl der im SGB organisierten Frauen während der Wirtschaftskrise absolut zugenommen; ihr Anteil stieg von 1990 bis 1996 von 12,7% auf 17,5%.

Der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund hatte 1995 ein ausserordentliches Wachstum verzeichnen können. Zwar hatte der Mitgliederbestand bei den angeschlossenen **Organisationen um 5,2% abgenommen**, durch den Beitritt der bisher unabhängigen Christlich-sozialen Organisation des Kantons Tessin war seine Mitgliederzahl aber um 32% **auf 134'167 angestiegen**.⁴⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 06.01.1997
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gab zu Jahresbeginn bekannt, dass er die generelle Verkürzung der Arbeitszeit zu seiner Hauptforderung machen werde. Er sah darin insbesondere auch ein Mittel, um die **Wirtschaftsrezession zu überwinden und die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen**. Die Arbeitszeitreduktion solle sowohl im Zentrum der Verhandlungen über neue Gesamtarbeitsverträge stehen als auch mit einer Volksinitiative erkämpft werden. Einen Vorentwurf für diese geplante Initiative gab der SGB in die verbandsinterne Konsultation. Das Projekt sieht vor, die gesetzliche Höchstarbeitszeit schrittweise auf **37 Wochenstunden zu beschränken**. Der SMUV folgte der Empfehlung des SGB und erklärte zum Auftakt der Verhandlungen über den neuen Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinenindustrie eine Arbeitszeitreduktion um 10% ohne Lohneinbusse zu seiner Hauptforderung. Als Gegenleistung offerierte er sein Einverständnis zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit, welche den Unternehmen innerhalb einer fixen Jahreshöchstarbeitszeit mehr Spielraum für unregelmässige Wochenarbeitszeiten lassen würde.⁴¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 07.06.1997
HANS HIRTER

Der Stimmfreigabe des SGB für die Volksabstimmung über die SP-Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr stiess bei der SP auf Verständnis. Der Gewerkschaftsbund hatte die Initiative zwar ursprünglich unterstützt, die seit der Lancierung eingetretene **Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt** veranlasste ihn nun aber zu einer Distanzierung. Der SMUV gab die Stimme ebenfalls frei, die GBI unterstützte hingegen die Initiative.⁴²

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 28.09.1997
HANS HIRTER

Nach dem Sieg von 1996 in der Volksabstimmung über das revidierte Arbeitsgesetz konnten die Gewerkschaften bereits wieder einen Abstimmungserfolg verbuchen. Am 28. September **lehnten die Stimmberechtigten mit knappem Mehr** den Dringlichen Bundesbeschluss über die **Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung ab**. Der SGB war bei der Kampagne zu dieser Abstimmung in der ersten Reihe gestanden, obwohl er das von einem lokalen Arbeitslosenkomitee aus La Chaux-de-Fonds (NE) lancierte Referendum, dem sich in der Folge auch die Gewerkschaftsbünde der Kantone Genf und Waadt sowie der VPOD angeschlossen hatten, nicht unterstützte. Der Grund für die anfängliche Passivität des SGB war seine Einschätzung gewesen, dass dieses Referendum in der Bevölkerung keine Unterstützung finden werde.⁴³

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 13.12.1997
HANS HIRTER

Wie bereits im Jahr zuvor waren auch dieses Jahr die meist im VPOD organisierten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beim Kampf gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen im Rahmen von kantonalen Sparprogrammen sehr aktiv. Mehrmals führten sie zur **Unterstreichung ihrer Forderungen grosse Demonstrationen** durch. Der Versuch der Gewerkschaften des SGB, die Bankangestellten zu Manifestationen gegen die Fusion von zwei Grossbanken und den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau zu mobilisieren, scheiterte hingegen. Der nicht dem SGB angehörende Bankpersonalverband hatte sich an diesen Demonstrationen nicht beteiligt.

VERBANDSCHRONIKDATUM: 26.12.1997
HANS HIRTER

Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften gingen weiter zurück. In diesen Zahlen spiegelte sich zum Teil auch der anhaltende Abbau von Arbeitsplätzen im Industriesektor, dem traditionellen Tätigkeitsbereich der meisten der im SGB und im CNG zusammengeschlossenen Verbände wieder. Die Zahl der im SGB organisierten Arbeitnehmer unterschritt erstmals seit 1953 die Marke von 400'000; sie **nahm bis zum Jahresende um 15'648 auf 395'424** ab. Auch der **CNG hatte 1997 einen Mitgliederschwund** in Kauf zu nehmen und umfasste am **Jahresende noch 93'100 Personen**. Insgesamt haben die vier wichtigsten Dachverbände der Arbeitnehmer (SGB, CNG, VSA und Föderativverband) seit 1990 mehr als 10% ihrer Mitglieder eingebüsst. Sie zählten zu **Jahresende noch 772500 Personen**, wovon rund 144'000 Doppelmitglieder waren. Weitere 166'000 Personen waren in Arbeitnehmerorganisationen ausserhalb der vier erwähnten Dachverbände organisiert (Bankpersonal, Lehrer etc.). Die im Vorjahr hier unter Berufung auf die Presse wiedergegebene Information, dass der CNG 1995 durch den Eintritt von Tessiner Organisationen massiv angewachsen sei, trifft offenbar nicht zu.⁴⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 14.08.1998
HANS HIRTER

Einen, allerdings auf niedriger Flamme gehaltenen Konflikt erlebte der SGB bei der Beurteilung der Zweitaufgabe des von ihm 1996 erfolgreich bekämpften Arbeitsgesetzes. Das von der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) zusammen mit Westschweizer Gewerkschaftern (unter anderem der Waadtländer Gewerkschaftsbund) lancierte Referendum unterstützte er nicht, da in den parlamentarischen Verhandlungen mit der Erfüllung der beiden Hauptforderungen (Zeitzuschläge und Sonntagsarbeitverbot) das Maximum herausgeholt worden sei. Zuhanden der Volksabstimmung gab er – wie auch die SP und der CNG – die **Ja-Parole** aus, während die GDP zusammen mit der PdA für eine Ablehnung warb.

Der SGB lancierte zusammen mit der SP zwar einige Volksinitiativen, marschierte aber bei der Parolenfassung für Volksabstimmung nicht immer im Gleichschritt mit den Sozialdemokraten. Bei der von der SP unterstützten **Genschutz-Initiative** hatte der grösste Teilverband, die GBI, welche auch die Interessen der Chemieangestellten vertritt, die **Nein-Parole** beschlossen. Im SGB war zwar in einer Eventualabstimmung eine Mehrheit der Delegierten für eine Unterstützung der Initiative, schliesslich setzte sich aber die Stimmfreigabe durch. Zu der von der SP mitgetragenen S.o.S.-Initiative für eine Abschaffung der präventiven Polizei gab der SGB keine Abstimmungsparole heraus, und zu der von der SP unterstützten «Droleg»-Initiative gab er die Stimme frei. Einig mit der SP war man sich hingegen bei der Unterstützung der beiden Referenden gegen das revidierte Asylgesetz und die dazu gehörenden dringlichen Massnahmen.⁴⁵

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 07.11.1998
HANS HIRTER

Nach nur einer Amtsperiode trat die Genfer Ständerätin Christiane Brunner (sp) als Co-Präsidentin des SGB zurück. Als Grund gab sie die Überbelastung durch ihre drei Ämter als Parlamentarierin, SMUV- und SGB-Präsidentin an. Wenig später gab auch SGB-Co-Präsident Vasco Pedrina, der zugleich auch die GBI präsidiert, seinen Verzicht auf eine weitere Amtsperiode bekannt. Als aussichtsreichster Kandidat zeichnete sich rasch **Paul Rechsteiner** ab. Der dem linken SP-Flügel zugerechnete St. Galler Nationalrat ist zwar langjähriges VPOD-Mitglied und präsidierte auch den kantonalen Gewerkschaftsbund, verfügte aber bisher über keine eigentliche gewerkschaftliche Hausmacht; im Parlament hatte er sich eher zu Themen wie Staatsschutz und Justiz als zu sozialpolitischen Fragen engagiert. Als einziger Kandidat wurde er am 7. November in Davos vom SGB-Kongress zum **neuen Präsidenten** gewählt.

Als einen Wechsel zu einem radikaleren Kurs liess sich diese Wahl aber kaum interpretieren, wählten die Delegierten doch gleichzeitig den Präsidenten der Gewerkschaft Druck und Papier und Sprecher der aktivistischen Westschweizer Gewerkschaften, Christan Tirefort, von seinem Amt als **SGB-Vizepräsidenten** ab. Tirefort hatte sich zuletzt durch seine kompromisslose Opposition zur Revision des Arbeitsgesetzes gegen die SGB-Führung gestellt. Tirefort wurde durch den SMUV-Vertreter **Jean-Claude Rennwald (NR, sp, JU) ersetzt**.⁴⁶

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 25.12.1998
HANS HIRTER

Der SGB musste eine erneute Schrumpfung seiner **Mitgliederzahl auf 387'535 (-2%)** in Kauf nehmen. Immerhin konnte die neue, in Konkurrenz zum VHTL stehende Dienstleistungsgewerkschaft Unia gut 2'000 neue Mitglieder gewinnen.⁴⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.09.1999
HANS HIRTER

Die Gewerkschaften nutzten die **markant verbesserte Konjunkturlage zur Anmeldung von Lohnforderungen**. Besonders aktiv waren die Beschäftigten der Baubranche. Ende September demonstrierten in Bern 18'000 Personen für die Forderung der GBI nach CHF 200 mehr Monatslohn für alle. Es handelte sich dabei um die grösste Manifestation des Berichtsjahres.⁴⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 19.10.1999
HANS HIRTER

Das Referendum der Lega und der SD gegen die bilateralen Verträge mit der EU wurde **von den Gewerkschaften nicht unterstützt**. Es bestanden zwar in den Reihen der Gewerkschaften ernsthafte Befürchtungen über Lohndumping nach der Einführung der Freizügigkeit im Personenverkehr. Mit den vom Parlament beschlossenen Begleitmassnahmen, welche insbesondere eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Gesamtarbeitsverträge brachten, wurde diesen **Ängsten aber weitgehend Rechnung getragen**. Vor den Parlamentsverhandlungen hatte die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) beschlossen, die Verträge mit einem Referendum zu bekämpfen, falls diese Begleitmassnahmen nicht zu ihrer Zufriedenheit ausfallen würden. Später doppelte der SGB nach, indem er unmittelbar vor Beginn der Ratsdebatten bekannt gab, dass er sein Sekretariat mit der Vorbereitung der Kampagne für ein allfälliges Referendum beauftragt habe.⁴⁹

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 04.11.1999
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hatte einige Mühe, die erforderlichen Unterschriften für die von ihm im Vorjahr lancierten resp. mitgetragenen fünf Volksinitiativen zusammenzubringen. **Vier davon konnten fristgerecht eingereicht werden**: die von ihm lancierten Initiativen für eine Verkürzung der Arbeitszeit resp. die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer, sowie die vor allem von Jugendverbänden getragene Lehrstelleninitiative und die Krankenkasseninitiative, bei welcher die SP federführend war. Die vom SGB zusammen mit dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund (CNG) gestartete **Initiative für eine obligatorische Krankentaggeldversicherung kam hingegen nicht zustande**. Selbstkritisch gab man in Gewerkschaftskreisen zu, sich mit der Beteiligung an fünf mehr oder weniger gleichzeitig lancierten Volksinitiativen übernommen zu haben. Das unter der Bezeichnung «Bouquet für eine sozialere und gerechtere Schweiz» laufende Paket habe zwar am Anfang motivierend gewirkt, später seien die Aktivisten und Aktivistinnen aber mit der Aufgabe, für fünf verschiedene Projekte Unterschriften zu sammeln, überfordert gewesen. Vor Ablauf der Sammelfristen engagierte der SGB erstmals auch bezahlte Unterschriftensammler.⁵⁰

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 31.12.1999
HANS HIRTER

Die Mitgliederzahl des SGB war erneut rückläufig. Sie bildete sich um **gut 7'000 auf 380'139 zurück**. Der SMUV wurde mit 92'860 Mitgliedern wiederum zur stärksten Einzelgewerkschaft vor der GBI (92'546), bei welcher der Mitgliederschwund überdurchschnittlich hoch war. Die einzige SGB-Organisation mit einem Wachstum war die 1996 gegründete Unia, welche im Dienstleistungssektor tätig ist und ihre Mitgliederzahl um rund 2'500 auf 14'585 steigern konnte.⁵¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 04.04.2000
HANS HIRTER

Nachdem der SGB bereits während der parlamentarischen Beratungen im Herbst 1999 gedroht hatte, die **bilateralen Verträge mit der EU** zu bekämpfen, wenn die arbeitsmarktlichen Begleitmassnahmen unbefriedigend ausfallen würden, erneuerte er seine Drohung im Berichtsjahr, als die Verhandlungen im Baugewerbe über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag ins Stocken gerieten. Nachdem die Situation dank der Vermittlung durch Wirtschaftsminister Couchepin deblockiert war, und die Vertragsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, gab der SGB die Ja-Parole zu den Abkommen mit der EU aus.⁵²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2000
HANS HIRTER

Umstritten war im SGB die Parole zur **Verkehrshalbierungsinitiative**, über welche das Volk im März abstimmte. Verbände der Angestellten des öffentlichen Verkehrs (Eisenbahner, VPOD) waren für die Initiative, der SMUV, bei dem auch die Beschäftigten der Automobilbranche organisiert sind, sprach sich für Ablehnung aus; der SGB entschied sich für Stimmfreigabe. Die Volksinitiative der SP für eine Halbierung der **Militärausgaben** (Umverteilungsinitiative) wurde hingegen vom SGB geschlossen unterstützt. Dies war bei früheren vergleichbaren Armeevorlagen (z.B. Halbierungsinitiative) noch nicht der Fall gewesen; die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen war nach der massiven Reduktion der schweizerischen privaten und staatlichen Rüstungsindustrie offensichtlich nicht mehr sehr gross.⁵³

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 26.09.2002
HANS HIRTER

In seinem **Kampf gegen die Privatisierung und Liberalisierung** bisher vom Staat oder seinen Betrieben erbrachter Leistungen konnten der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und seine Unterorganisationen im Berichtsjahr mehrere Erfolge erzielen. So lehnte auf nationaler Ebene das Volk das von den Gewerkschaften mit einem Referendum bekämpfte neue Elektrizitätsmarktgesetz ab. Im weiteren reichte die Gewerkschaft Kommunikation die vom SGB und der Stiftung für Konsumentenschutz unterstützte Volksinitiative für die Erhaltung von flächendeckenden Postdienstleistungen ein. Eine deutliche Niederlage erlitt der SGB hingegen bei seiner **Volksinitiative für die 36-Stunden-Woche**. Nur gerade 25% der Stimmenden unterstützten in der Volksabstimmung vom 3. März diesen Vorschlag. Gemäss einer repräsentativen Befragung wurde er sogar von einer Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und -sympathisanten abgelehnt. Erfolglos blieb der SGB auch in der Volksabstimmung über die von ihm mit dem Referendum bekämpfte Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 05.09.2003
HANS HIRTER

Am 14. Dezember schlossen sich der **Christlichnationale Gewerkschaftsbund** (CNG) und die **Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände** (VSA) zum neuen gewerkschaftlichen Dachverband **Travail.Suisse** zusammen. Zum neuen Präsidenten der rund 150 000 Mitglieder aufweisenden Organisation wurde einstimmig der bisherige CNG-Präsident und Nationalrat Hugo Fasel (FR) von der unabhängigen Christlichsozialen Partei gewählt.

An ihren ausserordentlichen Kongressen am 7. September fällten die Delegierten der beiden grössten Einzelgewerkschaften des SGB, des **SMUV** und der **GBI**, einen Grundsatzentscheid für eine Fusion, an welcher auch die Dienstleistungsgewerkschaft Unia beteiligt sein soll. Die Vereinigung soll im Jahr 2004 stattfinden und vier Jahre später abgeschlossen sein. Opposition gegen die Fusion der von ihrer Tradition und Mentalität her verschiedenen Organisationen gab es nur wenig; die Skepsis gegen einen Zusammenschluss, welche noch im Jahr 2000 in beiden Verbänden bestanden hatte, war weitgehend verschwunden. Im SMUV fiel der Entscheid mit 159:9 Stimmen bei 17 Enthaltungen, bei der GBI mit 184:11 bei 8 Enthaltungen. Die Verbandsleitungen beschlossen später, dass die neue Gewerkschaft den Namen der 1996 von ihnen gemeinsam gegründeten Dienstleistungsgewerkschaft **Unia** übernehmen soll.⁵⁴

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 05.11.2004
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) rief zu Jahresbeginn zum **Kampf gegen „Staats- und Sozialabbau“** auf und hatte dabei recht grossen Erfolg. Die von ihm mit Referenden bekämpften Vorlagen (die 11. AHV-Revision und das Steuerpaket) wurden in der Volksabstimmung abgelehnt. Die von der SGB-Gewerkschaft Kommunikation eingereichte Post-Initiative scheiterte allerdings, wenn auch nur hauchdünn. Im Herbst lancierte der SGB das auch von Travail.Suisse unterstützte Referendum gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen und konnte dieses Anfang 2005 einreichen. Weniger einig waren sich die Gewerkschaften in ihrer Haltung zur europäischen Integration. Konkret ging es um die **Erweiterung der Personenfreizügigkeit**, wie sie im bilateralen Abkommen I festgelegt ist, auf die neuen Mitgliedstaaten der EU. Während sich die Gewerkschaftsspitze bemühte, mit der Andeutung einer Referendumsdrohung möglichst griffige flankierende Massnahmen zur Verhinderung von Lohnkonkurrenz zu erkämpfen, wollte die Tessiner Sektion der neugegründeten UNIA weiter gehen. Ihr Antrag, das Referendum zu ergreifen, fand am Gründungskongress der UNIA grossen Anklang, konnte sich allerdings nach eindringlichen Warnungen der Gewerkschaftsführer nicht durchsetzen. Nach dem für die Gewerkschaften befriedigenden Ausgang der Parlamentsverhandlungen über die flankierenden Massnahmen verzichtete der SGB definitiv auf die Lancierung eines Referendums. Er drohte aber, dass er die Vorlage in der für 2005 vorgesehenen Volksabstimmung nicht aktiv unterstützen werde, falls sich die Kantone bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen lasch oder zögerlich verhalten würden.⁵⁵

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 23.04.2005
HANS HIRTER

Der **Mitgliederbestand des SGB** betrug Ende 2004 382 203; das waren rund 10 000 weniger als im Vorjahr. Diese Einbusse war nahezu vollständig auf die Bereinigung der Mitgliederlisten anlässlich der Fusion von vier Gewerkschaften zur neuen Organisation UNIA zurückzuführen. Der Frauenanteil erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht von 22,4% auf 23,2%.⁵⁶

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 10.05.2005
HANS HIRTER

Im Juni lancierte der SGB eine **Volksinitiative für eine Flexibilisierung des Rentenalters**. Sie verlangt, dass Erwerbstätige mit einem Einkommen bis zu 116 000 Fr. ohne Rentenkürzung mit 62 Jahren in Pension gehen können. Die Mehrkosten sollen durch eine Erhöhung der Lohnabgaben gedeckt werden. Unabhängig vom Erfolg dieser Initiative möchte der SGB die AHV längerfristig zu Lasten der 2. und 3. Säule stark ausbauen.⁵⁷

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 22.11.2006
HANS HIRTER

In einem Grundsatzentscheid beschlossen die Spitzen der **Gewerkschaft Kommunikation** und des **Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonalverbands**, eine Fusion einzuleiten. Dieses Vorhaben muss allerdings im Jahr 2007 noch durch die Delegiertenversammlungen abgesegnet werden. Die beiden Organisationen gehören dem SGB an und zählen rund 50 000 resp. 35 000 Mitglieder. In der Gewerkschaft Kommunikation sind vor allem Beschäftigte der Betriebe Post und Swisscom organisiert.⁵⁸

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2006
HANS HIRTER

Der **SGB** konnte seinen **Mitgliederbestand** im Jahre 2006 nicht halten. Er reduzierte sich um 1,3% auf knapp 380 000. Praktisch alle Verbände erlitten Verluste. Der Frauenanteil verbesserte sich weiter und erreichte zu Jahresende 24,7%; er hat sich damit in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt. Der andere grosse Gewerkschaftsdachverband, die aus dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund hervorgegangene **Travail.Suisse**, zählte Ende 2006 gut 162 000 Mitglieder, was gegenüber dem Vorjahr eine kleine Steigerung darstellte. Die nicht diesen beiden Gewerkschaften angeschlossenen Arbeitnehmerorganisationen zählten rund 225 000 Mitglieder, darunter als grösste der Kaufmännische Verband und der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer mit je über 50 000 Mitgliedern. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad betrug damit in der Schweiz rund 24%.⁵⁹

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 31.12.2006
HANS HIRTER

Der **Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)** reichte im April seine im Vorjahr lancierte **Volksinitiative für eine Flexibilisierung, sprich Reduktion des Rentenalters** ein.⁶⁰

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 04.09.2007
HANS HIRTER

Der **Mitgliederbestand** des **Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB)** war auch im Jahr 2007 leicht rückläufig. Er verringerte sich um 1,7% auf knapp 374 000. Die Unia als grösste Einzelgewerkschaft, welche bei der Aushandlung des neuen Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe stark engagiert war, verzeichnete zwar über 20 000 Neueintritte, verlor aber insgesamt doch rund 2700 Mitglieder und fiel damit unter die 200 000-Marke. Einen Zuwachs erzielte nur der Verband des Flugkabinenpersonals (Kapers). Der Frauenanteil stieg leicht auf 25,1% an. Der andere grosse Gewerkschaftsdachverband, die aus dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund hervorgegangene **Travailsuisse**, verzeichnete rund 6% mehr Mitglieder, vor allem dank dem Wachstum der in den gleichen Bereichen wie die Unia tätigen Syna. Diese ist aber immer noch rund viermal kleiner als die Unia.⁶¹

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 01.03.2008
HANS HIRTER

Die drei zum SGB gehörende Gewerkschaften **VPOD** (öffentliches Personal), **Comedia** (Druckereiberufe) und **Gewerkschaft Kommunikation** (Post und Telekommunikation) gaben im Frühjahr Fusionspläne bekannt. Ihre Leitungen beschlossen, das Projekt eines gemeinsamen Verbandes mit gut 80 000 Mitgliedern zu konkretisieren und Ende 2009 ihre Kongresse darüber entscheiden zu lassen. Der gut 11 000 Mitglieder zählende Bundespersonalverband trat im Berichtsjahr dem SGB als Vollmitglied bei.⁶²

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 25.04.2008
HANS HIRTER

Der **Mitgliederbestand** des **SGB** war auch im Berichtsjahr leicht rückläufig. Er nahm um 1,5% auf 368 426 ab. In einigen Bereichen ist der Rückgang vor allem auf das Ausscheiden und Ableben von Pensionierten zurückzuführen. In anderen auf strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes. Recht hoch sind aber auch die Fluktuationen. So gab es 2008 bei der grössten Einzelgewerkschaft Unia (196 000 Mitglieder) je rund 20 000 Eintritte und Austritte von Erwerbstätigen. Absolut zugenommen und zwar um 1300 auf über 95 000 hat im Berichtsjahr die Zahl der beim SGB organisierten Frauen. Sie steigerten damit ihren Anteil auf 25,8%. Der Dachverband **Travailsuisse** zählte zu Jahresbeginn knapp 170 000 Mitglieder.⁶³

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 29.11.2008
HANS HIRTER

Volk und Stände lehnten am 30. November die **Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) „für ein flexibles AHV-Alter“** mit 59% Neinstimmen ab. Zustimmung hatte der Gewerkschaftsbund zu seinem von der SP, der GP, der EVP, der CSP, den SD und der Lega unterstützten Begehren nur im Tessin und im Jura, sowie sehr knapp in Genf und Neuenburg gefunden.⁶⁴

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 11.03.2009
HANS HIRTER

Dem **SGB** gelang es im Berichtsjahr seine **Mitgliederzahl** zu steigern. Zu Jahresende zählte er 377 327 Personen (+2,4%). Davon waren über 100 000 Frauen, fast doppelt so viele wie 1980. Ihr Anteil an den Mitgliedern des SGB stieg damit auf 26,8%. Für den Mitgliederzuwachs des SGB im Jahr 2009 war vor allem die Assoziation der genferischen branchenübergreifenden und rund 11 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft SIT verantwortlich; aber auch sieben Unterverbände des SGB, darunter zum ersten mal seit ihrer Gründung auch die Unia, verzeichneten Zunahmen.⁶⁵

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 14.03.2009
HANS HIRTER

Die drei zum SGB gehörenden und zusammen rund 83 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaften **VPOD** (öffentliches Personal), **Comedia** (Druckereiberufe) und **Gewerkschaft Kommunikation** (GeKo, Post und Telekommunikation) haben ihre im Vorjahr angekündigten Fusionspläne begraben. Als Hauptgrund gaben sie die zu grossen Unterschiede bei den Strukturen und Bedürfnissen an. Die Spitzen der Comedia und der GeKo einigten sich, die Möglichkeit einer Vereinigung ohne den VPOD abzuklären.⁶⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 21.09.2009
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) verlangte erfolglos während des ganzen Jahres einen stärkeren Einsatz des Staates zur Überwindung der **Wirtschaftskrise**. Im September unterstrich er seine Forderungen mit der Durchführung einer grossen **Protestkundgebung** in Bern, für welche er rund 25 000 Personen mobilisieren konnte.⁶⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 03.11.2009
HANS HIRTER

In ein Dilemma gerieten sowohl der SGB als auch Travail Suisse bei der Abstimmung über die **Volksinitiative für ein Verbot des Exports von Kriegsmaterial**. An sich war ihnen die von der politischen Linken unterstützte Initiative der GSoA nicht unsympathisch. Sie mussten aber auch die Ängste vor einem Stellenabbau in den direkt betroffenen Betrieben und ihren Zulieferern berücksichtigen. Beide Dachverbände entschieden sich daher für eine Freigabe der Stimme. Von den Unterverbänden des SGB empfahl die Unia, bei der auch die Angestellten der Maschinenindustrie organisiert sind, ein Ja und der VPOD, dem Arbeiter der staatlichen Rüstungsbetriebe angehören, ein Nein.⁶⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 27.09.2010
MARC BÜHLMANN

Bereits im Januar gab der **Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)** an seiner Jahrespressekonferenz bekannt, dass er die **Abbaupläne für Sozialleistungen mit Referenden bekämpfen** wolle. Dies betreffe insbesondere den Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung, die Neuaufgabe der 11. AHV-Revision und die Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Der Erfolg war allerdings durchgezogen. Das Referendum gegen den Mindestumwandlungssatz wurde im März zwar deutlich gewonnen, das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz hingegen wurde gegen den Widerstand des SGB angenommen. Die 11. AHV-Revision wurde noch im Parlament versenkt.⁶⁹

VERBANDSCHRONIK

DATUM: 04.12.2010
MARC BÜHLMANN

Nachdem 2009 die Fusionsverhandlungen noch gescheitert waren, schlossen sich die Mediengewerkschaft Comedia und die Gewerkschaft Kommunikation (GeKo) zur Gewerkschaft Medien und Kommunikation **Syndicom** zusammen. Die neue Gewerkschaft umfasst 47 000 Mitglieder und wird zur drittgrössten Vereinigung unter dem Dach der SGB. Präsiert wird Syndicom von Danièle Lenzin und Alain Carrupt.⁷⁰

VERBANDSCHRONIK

DATUM: 31.12.2010
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr kündigte der SGB die Lancierung einer Initiative an, die das Recht auf einen landesweit gültigen **Mindestlohn** von 22 Franken in der Verfassung verankern will. Unterstützt wird er dabei von der **Unia**. An seinem alle vier Jahre tagenden Kongress präsentierte der SGB zudem einen Vorschlag zur Erhöhung der Leistungen in der Altersvorsorge für Personen mit einem Einkommen unter 7000 Franken („**AHV Plus**“). Verlangt wurden zudem bessere Mindestlöhne sowie deutliche und generelle Lohnerhöhungen für 2011. Am Kongress wurde schliesslich Paul Rechsteiner für eine weitere Amtsperiode von vier Jahren als Präsident wiedergewählt.⁷¹

VOLKSINITIATIVE

DATUM: 11.01.2011
DEBORA SCHERRER

Die bereits 2010 angekündigte **Mindestlohninitiative** wurde am 25. Januar 2011 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund lanciert. Die Initiative will einen untersten Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde vorschreiben und somit die Löhne schützen. Dieser gesetzliche Mindestlohn würde an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst und die Kantone könnten regional höhere Mindestlöhne festlegen. Die Sammelfrist läuft noch bis zum 25. Juli 2012.⁷²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 21.05.2011
DEBORA SCHERRER

Der **Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)** präsentierte im Mai 2011 einen Katalog mit Forderungen zur Personenfreizügigkeit. Anhand des Berichtes des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) besteht bei den flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping im Rahmen der Personenfreizügigkeit ein Vollzugsnotstand. Die SGB forderte deshalb, dass künftig 50% sämtlicher Neuanstellungen in der Schweiz auf Lohndumping überprüft werden, dass der Bund und die Kantone verbindliche Mindestlöhne durchsetzen und dass Lücken im Gesetz, wie zum Beispiel die Solidarhaftung von Generalunternehmen, geschlossen werden.⁷³

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 27.07.2012
JOHANNA KÜNZLER

Der Verband **Angestellte Schweiz** trat im Sommer aus dem Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse aus. Als Begründung wurden Differenzen bezüglich der innerorganisatorischen Kultur und Unterschiede im öffentlichen Auftreten angegeben: Angestellte Schweiz wollte sich vom traditionellen Gewerkschaftsimage lösen und betonte, dass eine Organisation, welche sich in der Sozialpartnerschaft für die Arbeitnehmerseite einsetze, nicht zwingend politisch links stehen und mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden sein müsse. Der Angestelltenverband ist hauptsächlich in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) sowie der Chemie- und Pharmabranche verankert. Er organisiert weder Streiks noch fordert er nationale Mindestlöhne, sondern ist stattdessen auf die Rechtsberatung seiner Mitglieder und auf das Coaching von Betriebskommissionen spezialisiert. Travail.Suisse, welche nach dem SGB die grösste Dachgewerkschaft der Schweiz ist, verlor durch den Austritt auf einen Schlag 22 000 ihrer 170 000 Mitglieder.⁷⁴

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2013
JOHANNA KÜNZLER

Die vom Bundesamt für Statistik jährlich publizierten **Mitgliederzahlen der Schweizer Gewerkschaften** zeigten, dass auch 2012 der **Rückgang organisierter Arbeitnehmender** nicht gestoppt werden konnte: Insgesamt waren 738 388 Personen Teil einer Gewerkschaft, rund 1% weniger als noch im Jahr zuvor. Bei einer nationalen Beschäftigungsquote von 4 146 600 im letzten Quartal 2012 ergibt sich daraus ein Brutto-Organisationsgrad von rund 18%. Es gilt allerdings zu beachten, dass in den Mitglieder-Angaben der Gewerkschaften jeweils auch Personen im Ruhestand angegeben werden: Der tatsächliche Organisationsgrad dürfte also etwas tiefer liegen. Grösste Dachgewerkschaft blieb der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), welcher fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder unter sich vereinigte: Dem SGB gehören Organisationen wie die Unia, der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) oder die Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) an. Die zweite Dachorganisation der schweizerischen Arbeitnehmenden, Travail.Suisse, vertrat 2012 22,3% der organisierten Beschäftigten.⁷⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.01.2014
JOHANNA KÜNZLER

Laut dem Bundesamt für Statistik stiegen 2013 die **Mitgliederzahlen bei Schweizerischen Gewerkschaften** wieder deutlich an. Die Baisse von 2012 konnte demnach überwunden werden: Mit insgesamt 746'126 gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmenden konnte der Wert des vorletzten Jahres wieder erreicht werden. Zu verdanken war dieser Anstieg grösstenteils der Unia: Sie legte 2013 um beinahe 3'500 Mitglieder zu.⁷⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.05.2014
JOHANNA KÜNZLER

Im Vorfeld der Abstimmung zur Mindestlohninitiative Mitte Mai 2014 reflektierten diverse Medien die **Entwicklung der Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten**. Auch ihre generelle Stellung in der heutigen Gesellschaft wurde thematisiert. Die Gewerkschaften hätten in der Schweiz schon immer eher Schwierigkeiten damit gehabt, sich zu behaupten, bemerkte der Präsident von Travail.Suisse gegenüber dem Tages-Anzeiger. Dies sei auf eine fehlende Grossindustrie und die von KMU geprägte Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Der stetig wachsende Dienstleistungssektor habe sein Übriges dazugetan. Der Zürcher Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann deutete zudem darauf hin, dass sich die schweizerische Arbeitnehmerschaft, etwa im Gegensatz zu jener der skandinavischen Länder, schon immer durch eine konfessionelle Spaltung ausgezeichnet habe. Dies erschwere eine geeinte Zusammenarbeit noch zusätzlich. Obwohl sich die traditionellen Gewerkschaften seit Jahren tendenziell im Sinkflug befinden, bedeute dies laut dem Basler Historiker Bernard Degen nicht generell das Ende der Arbeitnehmervertretung. Berufsverbände wie etwa jene der Lehrerinnen und Lehrer, des Pflegepersonals oder der Bankangestellten würden immer stärker und übernehmen teilweise die Rolle der allgemeineren Gewerkschaften. Die Tatsache, dass die Anzahl der Gesamtarbeitsverträge (GAV) in der Schweiz seit 2001 um 8% gestiegen ist, wurde ausserdem in einer Studie der Universität Lausanne grösstenteils als Reaktion auf die Personenfreizügigkeit mit der EU gedeutet. Aus Angst vor ausländischer Konkurrenz seien die Patrons und ihre Belegschaft wieder enger zusammengedrückt.⁷⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 24.05.2014
JOHANNA KÜNZLER

Nach der **Niederlage bei der Abstimmung über den Mindestlohn** von 4'000 CHF räumte Paul Rechsteiner, der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), im Rahmen einer Delegiertenversammlung Fehler bei der Formulierung des Initiativtexts ein. Eine regionale Abstufung des Mindestlohns hätte möglich sein müssen, zudem wäre es wichtig gewesen, die bedeutendsten Ausnahmen wie etwa jene für die Jungen auszuformulieren. Rechsteiner stellte zudem grundsätzlich die Angemessenheit des Instruments Volksinitiative bei der Lohnpolitik infrage. Künftig solle man sich überlegen, wieder vermehrt mit Kampagnen Druck zu machen. Die Delegierten entschieden über die Ziele des Dachverbands in den nächsten Jahren. So soll die GAV-Abdeckung um 10 Prozentpunkte auf 60% aller Beschäftigten gehoben werden. Auch die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann will man nun endlich erreichen.⁷⁸

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 01.01.2015
SAMUEL BERNET

Im Jahr 2014 waren insgesamt 741'311 Personen gewerkschaftlich organisiert. Nachdem im Jahr 2013 der **Rückgang der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Personen** vorerst gestoppt worden war, hat sich die Mitgliederzahl im Jahr 2014 wieder um ein halbes Prozent verringert.⁷⁹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 01.01.2016
SAMUEL BERNET

Im vergangenen Jahr hat die Mitgliederzahl der Schweizer Gewerkschaften weiter abgenommen. 2015 waren 737'850 Personen Mitglied einer Gewerkschaft. Die grösste Schweizer Gewerkschaft **Unia** bildet eine Ausnahme von diesem Trend: Erstmals seit 2006 konnte sie wieder **über 200'000 Mitglieder** verzeichnen.⁸⁰

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 25.02.2017
SAMUEL BERNET

Auch wenn die Schlussabstimmung betreffend die **Parole des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) zur Reform der Altersvorsorge 2020** letztendlich mit 98 zu 21 Stimmen deutlich zugunsten der AHV-Reform ausfiel, zeigte die Delegiertenversammlung am 24. März 2017 eine Spaltung zwischen Deutschschweizer und Westschweizer Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Über 30 SGB-Delegierte äusserten sich vor der Parolenfassung; Hauptstreitpunkt war, ob die Erhöhung der AHV um monatlich CHF 70 eine Erhöhung des Frauenrentenalters rechtfertige. Solange die Frauen bei den Löhnen diskriminiert würden, dürfe das Rentenalter nicht erhöht werden, lautete der Tenor bei vielen Delegierten aus der Westschweiz. Ein Waadtländer Delegierter etwa warf SGB-Präsident Paul Rechsteiner Verrat vor, weil sich der Gewerkschaftskongress 2014 in einer Resolution klar gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters ausgesprochen habe. Unia-Präsidentin Vania Alleva entgegnete, dass in der gleichen Resolution die Erhöhung der AHV-Renten gefordert werde. Paul Rechsteiner strich die historische Dimension der Vorlage hervor: «Zum ersten Mal seit 42 Jahren könnte eine Erhöhung der AHV-Rente Realität werden», zitierte ihn die Luzerner Zeitung. Die grosse Mehrheit der Delegierten war sich einig: Würde die Vorlage abgelehnt, würde dies dem Arbeitgeberverband und den rechtsbürgerlichen Parteien nützen, womit deren Forderungen wie Rentenalter 67 und Rentenkürzungen Auftrieb erhielten, schrieb der SGB in einer Medienmitteilung. Dies gelte es zu verhindern, weshalb diese «Kröte», wie der SGB die Erhöhung des Frauenrentenalters bezeichnete, geschluckt werden müsse. Zusätzlich einigten sich die Delegierten darauf, dass die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau «endlich stärker bekämpft werden muss». Sie beauftragten den SGB, die Lancierung einer Volksinitiative mit dem Namen «Schluss mit dem Lohnklauf – Lohngleichheit durchsetzen, aber subito!» zu prüfen.⁸¹

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 14.03.2018
CHRISTIAN GSTEIGER

Am 14. März 2018 gab Ständerat **Paul Rechsteiner** seinen **Rücktritt vom SGB-Präsidium** bekannt. Nach 20 Jahren sei es an der Zeit für einen Generationenwechsel, teilte er den Medien mit. Der Wechsel an der SGB-Spitze werde im November 2018 erfolgen. Nach der Rücktrittsverkündung zeichneten mehrere Zeitungen die Marksteine seiner Amtsperiode nach. So sei besonders Rechsteiners Anteil an den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU hervorzuheben: Ende der 1990er-Jahre habe Rechsteiner die Unterstützung der Gewerkschaften für die bilateralen Verträge von Lohnschutzmassnahmen abhängig gemacht. Auch in den nachfolgenden Jahren habe sich der SGB vermehrt für höhere Mindestlöhne stark gemacht, zuletzt mit der Mindestlohninitiative. Diese sei 2014 zwar von der Bevölkerung abgelehnt worden, dennoch habe man damit ein wichtiges Signal gesendet, wie die Aargauer Zeitung vermerkte. Schliesslich sei es aber auch dem SGB nicht gelungen, die AHV zu reformieren: Sowohl die Initiative AHVPlus als auch die Reform der Altersvorsorge 2020

waren am Volk gescheitert.

Im Parlament blieb Rechsteiner unterdessen gut vernetzt, da er seinen Ständeratssitz behielt. Wie die NZZ berichtete, habe er es dort als Gewerkschaftsboss geschafft, den SGB als verlässlichen und berechenbaren Dachverband zu positionieren, welcher sowohl die «aggressive Unia» als auch die «gemässigte Eisenbahngewerkschaft» vereine.⁸²

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 01.12.2018
CHRISTIAN GSTEIGER

Am 1. Dezember 2018 wurde **Pierre-Yves Maillard zum neuen Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gewählt**. Maillard setzte sich mit 115 Stimmen gegen Nationalrätin Barbara Gysi (sp, SG) durch, die 82 Stimmen erhielt. Bereits im September hatten sowohl Marina Carobbio (sp, TI) als auch Mathias Reynard (sp, VS) ihre Kandidaturen zurückgezogen.

Mit dem Entscheid der Delegierten ging auch eine Debatte zu Ende, die seit der Rücktrittsverkündung Rechsteiners im März angedauert hatte. Viele Delegierte wünschten sich nun, nachdem Rechsteiner das Amt zwanzig Jahre ausgeübt hatte, eine Frau an der Spitze des SGB. Der Wahlkampf zwischen Gysi und Maillard, insbesondere die Diskussion um die Gleichstellungsfrage, wurde landesweit in der Tagespresse aufgegriffen – ganz im Zeichen des diesjährig abgehaltenen Frauenstreiks. Zwar unterschieden sich die politischen Profile Gysis und Maillards kaum, wie die WOZ festhielt, doch verkörpere Maillard eine «vergangene Epoche, in der in den gewerkschaftlich organisierten Branchen fast ausschliesslich Männer arbeiteten», während die Zukunft aber weiblicher sein müsse. Gysi verfolgte mit der Wahl denn auch das Ziel, sich vermehrt gegen arbeitnehmerische Missstände wie eine schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder tiefe Frauenlöhne einzusetzen, wie sie gegenüber dem St. Galler Tagblatt im September bekannt gab. Zudem sei die knapp eingehaltene Mindestquote von einem Drittel Frauen in den Leitungsgremien des SGB zu tief angesetzt und es gelte, vermehrt Frauen für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft anzuwerben – besonders im Hinblick auf den Mitgliederschwund, mit welchem die Gewerkschaften zu kämpfen hätten. Für ihre Anliegen, so das Tagblatt weiter, spüre die St. Gallerin aus allen Landesteilen Rückhalt, doch erhalte sie diesen nicht nur aufgrund der Gleichstellungsanliegen: Sie könne auf eine jahrelange Tätigkeit im Nationalrat zurückblicken und sei seit 1989 gewerkschaftlich aktiv.

Ihre Niederlage im Dezember begründete die Presse jedoch weder mit ihrem Geschlecht noch mit ihrer Herkunft – auch Rechsteiner ist St. Galler –, sondern mit dem Umstand, dass Maillard als Macher bekannt sei. Mit der Einführung eines dreizehnten Monatslohns sowie fünf Wochen Ferien für alle Arbeitnehmenden wolle Maillard realisierbare Projekte anpacken. Gysi habe indes auch die Einführung einer Viertageweche in Erwägung gezogen, die, wäre es in der Folge zu einer Abstimmung kommen, an der Urne wohl gescheitert wäre, wie die Presse prognostizierte. Auch die NZZ porträtierte Maillard als Macher, indem sie den Wahlerfolg damit begründete, dass es ihm als Regierungsrat der Waadt gelungen sei, aus einem «rechten Kanton» einen Kanton mit einer «linksdominierten Regierung» zu machen. Höhere Kinderzulagen, Prämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen für Alleinerziehende seien in der Folge im Kanton auf Akzeptanz gestossen. Ausschlaggebend sei ferner gewesen, dass Maillard als Streikführer und Funktionär des SMUV mehr «gewerkschaftlicher Stallgeruch» angehaftet habe als Gysi.

Die grösste Herausforderung für den neuen SGB-Präsidenten, da war sich die Tagespresse einig, werde indes sein, den Lohnschutz der Bilateralen erfolgreich im Rahmenvertrag mit der EU unterzubringen.⁸³

WAHLEN
DATUM: 27.10.2019
CHRISTIAN GSTEIGER

Nicht nur der Gewerbeverband (SGV), auch die **Gewerkschaften verloren bei den Eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 Sitze im Parlament**. Wie der Tages-Anzeiger nach den Wahlen berichtete, wurden Corrado Pardini (sp, BE) und Nicolas Rochat Fernandez (sp, VD) von der Unia, Philipp Hadorn (sp, SO) von der SEV, Thomas Ammann (cvp, SG) von Transfair sowie Adrian Wüthrich (sp, BE) von Travailsuisse nicht wiedergewählt. Der Travailsuisse-Vizepräsident, Jacques-André Maire (sp, NE) hatte zudem bereits im Vorfeld angekündigt, dass er sich aus der Politik zurückziehen werde. Es gab aber auch Zuwachs und Konstanten: Neu in das Parlament gewählt wurden SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard (sp, VD), VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (gp, ZH), Greta Gysin (gp, TI), Geschäftsleitungsmitglied von Transfair, sowie die Unia-Gewerkschaftssekretärin Tamara Funicello (sp, BE). Wiedergewählt wurden die Präsidentin des PVB Barbara Gysi (sp, SG), Transfair-Präsident Stefan Müller-Altermatt (cvp, SO), Irène Kälin (gp, AG), Präsidentin der Gewerkschaft Arbeit Aargau, Samira Marti (sp, BL), Präsidentin des VPOD Region Basel sowie Edith Graf-Litscher (sp, TG) und

Mathias Reynard (sp, VS) von den Gewerkschaftsbünden Thurgau und Wallis.

Der Tages-Anzeiger konstatierte, die Gewerkschaften seien mit diesen Wahlergebnissen «weit entfernt von der Stärke ihrer besten Tage», etwa als nach den Wahlen 2003 «je nach Zählung» bis zu zwei Dutzend Ratsmitglieder der «gewerkschaftlichen Achse angehört». SGB-Präsident Maillard hingegen hatte keine Mühe mit dem Resultat – neben dem Klima sei insbesondere auch die Frauenfrage bei diesen Wahlen einfach wichtiger gewesen. Ferner fühle sich ja nach wie vor ein grosser Teil der SP mit den Gewerkschaften verbunden, ohne dabei selbst Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, äusserte sich auch der nicht wiedergewählte Hadorn zur Lage. Möglich sei auch, dass die Gewerkschaften längerfristig Opfer ihres eigenen Erfolges würden, liess er zudem verlauten, da offenbar viele Menschen in der Schweiz unterdessen einen gewissen Wohlstand geniessen könnten und dadurch gewerkschaftliche Themen in den Hintergrund rückten.⁸⁴

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 15.11.2019
CHRISTIAN GSTEIGER

Die Delegierten des **Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)** sprachen sich an einer Versammlung im November 2019 für die **Lancierung einer Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente** aus. Die Initiative sei die Antwort auf das «immer deutlicher sichtbar werdende Rentenproblem» wie der Gewerkschaftsbund in einer Medienmitteilung festhielt. Insbesondere die Rentensituation bei Frauen sei oft problematisch: Sofern diese «überhaupt eine PK-Rente erhalten», sei sie durchschnittlich «nur halb so hoch wie jene der Männer». Aber auch sonst seien die Renten «erschreckend tief», weshalb es eine 13. AHV Rente brauche, «so wie es für viele einen 13. Monatslohn» gebe, teilte der SGB mit. Monatlich ergäbe dies eine Erhöhung der Renten um 8.33 Prozent, wobei auch EL-Beziehende davon profitieren sollen. Um diese Zusatzrente zu finanzieren, so die Idee, sollen die Gewinne der SNB herangezogen werden – dies müsse aber erst noch im Parlament mehrheitsfähig werden. Zum Zeitpunkt der Mitteilung war noch unklar, wann mit der Unterschriftensammlung begonnen werden sollte.⁸⁵

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 22.06.2020
CHRISTIAN GSTEIGER

Der SGB und der Arbeitnehmerdachverband Travail.Suisse und damit einhergehend auch die grossen Gewerkschaften Unia, Syna und VPOD **fassten im Februar 2020 die Nein-Parole zur Begrenzungsinitiative**, wie der SGB per Medienmitteilung kommunizierte.

Die Initiative wolle den Lohnschutz aufweichen, die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die Schweiz isolieren, so die Hauptargumente der ablehnenden Arbeitnehmerverbände. VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (gp, ZH) betonte zudem, für migrantische Arbeitskräfte drohe sich bei einer Annahme der Initiative die arbeitsrechtliche Situation besonders zu verschlechtern, da deren Rechte mit der Initiative geschwächt und sie so leichter ausgebeutet werden könnten.

Die Gewerkschaften kündigten mit der Parolenfassung ebenfalls eine grossangelegte Gegenkampagne an, die sodann in den Medien thematisiert wurde. Wie die Initiativgegnerinnen und -gegner bekannt gaben, planten sie, eine Abstimmungszeitung in jeden Schweizer Haushalt verschicken zu wollen. Damit würden die Gewerkschaften auf ein «bevorzugtes Kampagneninstrument der SVP» setzen, konstatierte der Tages-Anzeiger und titelte: «Gewerkschaften greifen SVP mit deren eigenen Mitteln an».

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die ursprünglich für Mai vorgesehene Abstimmung auf September verschoben, weshalb auch die Kampagne unterbrochen wurde. Im Juni gab der SGB schliesslich bekannt, die Kampagne gegen die Begrenzungsinitiative fortzuführen.⁸⁶

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 14.09.2020
MATHIAS BUCHWALDER

L'Union syndicale suisse (USS) réclame une **augmentation des salaires** pour l'année 2021. Selon l'association qui défend les droits des travailleurs et travailleuses, la crise économique liée à la pandémie ne doit pas constituer une excuse pour le patronat. Au contraire, nombres de salarié.e.s ont dû fournir un effort particulier pendant la crise, par exemple dans le secteur hospitalier. L'USS relève que d'autres branches ont pu tirer profit de la situation et sont donc en capacité d'offrir des hausses de salaire à leurs collaborateurs et collaboratrices. C'est pour ces raisons que le syndicat réclame dans un communiqué de presse des augmentations allant jusqu'à CHF 100.- par mois ou jusqu'à 2% dans les branches et les entreprises qui en ont les moyens.

D'autres **syndicats** tels que Travail.Suisse, Syna et Transfair ont également revendiqué des hausses salariales. Ils ont cependant fait part de leur déception, nombre de leurs **revendications** ayant été rejetées. Dans les domaines de la santé, l'artisanat et l'industrie, peu d'augmentations, voire aucune, n'ont pu être observées, au grand

regret des syndicats. Ceux-ci cautionnent en revanche le gel des salaires dans l'hôtellerie, la gastronomie et les autres secteurs du tourisme, durement touchés par la crise. De plus, ils saluent les mesures prises dans le commerce de détail. Coop et Fenaco – à qui appartient le distributeur Volg – ont augmenté leurs masses salariales respectives de 1 pour cent et envoient ainsi un signal positif à leurs collaborateurs et collaboratrices, eux aussi fortement sollicités durant la pandémie. La hausse de 0.2 à 0.5 pour cent communiquée par Migros reste en revanche insuffisante aux yeux des syndicats.

Parallèlement à cela, les syndicats ont poursuivi en 2020 leur engagement pour les droits des travailleurs et travailleuses, se battant entre autre pour des hausses des indemnités de chômage partiel pour les travailleurs à faible revenu ou pour un meilleur contrôle de plans de protection sur les chantiers et dans les entreprises.⁸⁷

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 02.02.2021
MATHIAS BUCHWALDER

L'Union syndicale suisse s'est engagée contre la loi sur l'e-ID soumise à votation le 7 mars 2020. Dans son communiqué de presse, l'USS ne remet pas en cause la nécessité de disposer d'une identification sécurisée et fiable en ligne, mais veut à tout prix éviter de confier cette tâche à des entreprises privées, comme l'a affirmé son président Pierre-Yves Maillard: «Tout le monde admet désormais la pénétration marchande de nos intimités par des géants commerciaux, qui accumulent et commercialisent nos données, ouvre des dangers inédits. Ce danger touche désormais la base même de nos démocraties. Dans ce contexte, privatiser notre identité numérique est une folie.» La loi sur l'identité électronique est en revanche soutenue par Economiesuisse, l'association des communes suisses et l'union des villes suisses.⁸⁸

-
- 1) APS-Zeitungsanalyse 2020 – Verbände
 - 2) Medienmitteilung GastroSuisse zu Abstimmungsparole, 8.10.21; Medienmitteilung SGB vom 10.12.21; Medienmitteilung SGB vom 18.3.21; Medienmitteilung SGB vom 24.3.21; Medienmitteilung SGB vom 8.9.21; Medienmitteilung Travail.Suisse vom 13.4.21; Medienmitteilung Travail.Suisse vom 19.3.21; Medienmitteilung Travail.Suisse vom 24.9.21; Medienmitteilung Travail.Suisse vom 28.10.21; Medienmitteilung Travail.Suisse vom 8.9.21; Blick, 16.2.21; NZZ, TA, 13.4.21; WOZ, 15.4.21; CdT, 21.4.21; NZZ, 15.5.21; BZ, 5.6.21; NZZ, 24.6.21; AZ, 9.8.21; NZZ, 26.8.21; SGT, 7.9.21; NZZ, 8.9.21; Blick, 9.9., 21.9.21; NZZ, TA, 15.10.21; NZZ, 27.10.21; So-Bli, 31.10.21
 - 3) APS-Zeitungsanalyse 2021 – Verbände
 - 4) Garbani et Schmid (1980). Le syndicalisme suisse. Histoire politique de l'Union syndicale 1880-1980; SAZ 6.3.80; Marktwirtschaft Zeitdienst 14.3.80; NZZ 5.4., 5.9., 17.10., 18.10., 8.11.80; BaZ 30.4., 6.9., 15.10., 27.10.80; SGT 27.10.80; Vr 17.10.80; 24 Heures 18.10.80; Ldb 22.10.80; TA 22.10., 23.10.80; Bund 23.10., 24.10.80; LNN 24.10.80; gewerkschaftliche Rundschau 72/1980, 73/1981; Weber (1980). Un siècle d'Union syndicale suisse. 1880-1980
 - 5) H. Anderegg in Gewerkschaftliche Rundschau (1991) Band 83, S 108 ff.; R. Fluder in Gewerkschaftliche Rundschau (1990) Band 82, S. 171 ff.
 - 6) BaZ, 9.3. und 8.8.90; Diskusoin (1990) Heft 13, S. 20 f.; Gewerkschaftliche Rundschau (1991) Band 83, S. 11 ff.; Gewerkschaftliche Rundschau (1991) Band 83, S. 27
 - 7) NZZ, 3.2. und 17.5.90; NZZ, 7.3. und 10.9.90
 - 8) Gewerkschaftliche Rundschau (1990) Band 82, S.146 ff. ; TW, 15.10.90; Ww, 18.10.90; Presse vom 22.10.90; WoZ, 24.8.90; SHZ, 22.11.90
 - 9) Diskussion (1990) Nr. 12; Gewerkschaftliche Rundschau (1991) Band 83, S. 3 ff.; Presse vom 22.10.90; TA, 19.11.90
 - 10) BZ, NZZ und TA, 20.10.90; Presse vom 22.10.90; Diskussion (1990) Heft 13, S. 22 f.; Gewerkschaftliche Rundschau (1991) Band 83, S. 8 ff.
 - 11) TA, 27.2.91
 - 12) NZZ, 22.1, 26.1. und 8.2.91; JdG, 9.4.91; NZZ, 29.5.91
 - 13) NZZ, 28.8.91; TA, 9.9.91
 - 14) NZZ, 16.1.91; NZZ, 25.10., 26.10. und 28.10.91; Presse vom 26.10.91; TA, 25.10.91 und VO, 7.11.91
 - 15) LNN, 23.3.92; SGB Pressedienst, 2.4.92
 - 16) Bund, 8.2.92; Presse vom 18.2.92
 - 17) NZZ, 9.6.92; Presse vom 10.6. und 11.6.92
 - 18) Presse vom 8.7.92; LNN, 17.7.92
 - 19) NZZ, 28.1., 9.4. und 21.8.92
 - 20) SGT, 4.2.92; Bund, 15.5. und 7.9.92; SN, 7.3.92; TA, 11.6.92; SN, 7.3.92; TA, 11.6.92. Vgl. auch SPJ 1991, S. 359.
 - 21) Presse vom 13.10.92
 - 22) SGB, 8, 8.4.93
 - 23) Diskussion (1993) Heft 21, S. 20 f.; Presse vom 24.3.93; Ww, 25.3.93
 - 24) WoZ, 26.3.93
 - 25) Bund, 22.2.93; Presse vom 29.3.93; Presse vom 3.5.93
 - 26) NZZ, 7.9. und 13.11.93; BZ, 7.9.93
 - 27) NZZ, 5.3.94
 - 28) NZZ, 13.6.94
 - 29) Bund, NZZ und SGT, 27.6.94; NZZ, 28.6.94; SHZ, 21.7.94
 - 30) TA, 1.2.94; BZ, 21.3. und 22.4.94; BÜZ, 29.6.94; Presse vom 3.-7.11.94
 - 31) Gewerkschaftliche Rundschau (1994), Heft 3; LM, 18.2.94; Bund, 30.5.94; Presse vom 31.8.94; TA, 8.7. und 6.10.94; 24 Heures, 2.12.94
 - 32) SGB-Pressedienst, 4.5.95; 24 Heures, 10.9.94
 - 33) Gewerkschaftliche Rundschau (1994), Heft 3, S.23
 - 34) MOMA (1995) Nr. 5 und 11
 - 35) SGT, 3.11.95
 - 36) Bund, BZ und TA, 29.4.95; NZZ, 12.5. und 11.9.95; TA und TW, 30.11.95; TA, 22.5.95; WoZ, 2.6.95
 - 37) Bund, 23.3.96; Lib., 26.3.96
 - 38) TA, 14.6.96
 - 39) BaZ und TW, 1.3.96; TA, 30.4.96; WoZ, 1.3.96; Presse vom 2.3.96; NZZ, 24.9.96; JdG, 22.8.96; Lib., 26.9.96.15; MOMA (1996) Nr. 3

- 40) NZZ und Bund, 23.4.97, JdG, 6.7.96
- 41) Presse vom 9.1.97; Bund und Express, 14.11.97
- 42) SGT, 15.4.97; TA, 7.6.97
- 43) WoZ, 14.2.97; SZ, 3.4.97
- 44) Bauer (1998) Sieben Jahre Wirtschaftskrise zehren an der Substanz: Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften 1997; Schweizerischer Gewerkschaftsbund (1997) SGB-Reform: Szenarien zur Entwicklung der Mitgliederbestände, kantonalen Bünde und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes; TA, 7.5.98; Bund, 15.7.98
- 45) WoZ, 19.3.98; SGT, 27.3.98; TA, 8.4. und 28.4.98; NZZ, 7.11.98; BaZ, 3.4.98; NZZ und TA, 28.4.98; NZZ, 14.8.98
- 46) BZ, 23.4.98; LT und TA, 16.5.98; BZ, 23.4.98; LT und TA, 16.5.98; LT, 20.5.98; SGT, 3.6.98; BaZ und Bund, 5.11.98; Presse vom 9.11.98; NZZ, 9.11.98; WoZ, 12.11.98 und Lib., 18.11.98
- 47) TA, 13.4.99
- 48) Bund, 25.9. und 27.9.99
- 49) TA, 10.5.99 und 24h, 11.10.99; NZZ, 26.8.99 und 24h, 19.10.99
- 50) Bund, 13.2.99; TA, 11.5. und 22.9.99; NZZ, 4.11.99; Lib., 14.7.99
- 51) LT, 20.4.00
- 52) CdT, 11.3.00; LT, 11.3. und 13.3.00; NZZ, 4.4.00; AZ, 12.4.00. Vgl. SPJ 1999, S. 399 f. Siehe auch oben, Teil I, 7a (Gesamtarbeitsverträge).12
- 53) Blick, 10.2.00.; NZZ, 12.10.00.
- 54) NZZ, 7.5., 29.6., 14.12. und 16.12.02; BaZ, 16.12.02.; NZZ, 9.9. und 29.11.02. Vgl. dazu auch Presse vom 30.8.02 und WoZ, 5.9.02. Zu den Vorbereitungen der Fusion siehe SPJ 2000, S. 363. Zur Unia siehe SPJ 1996, S. 371 f.
- 55) Bund, 18.10.04; NZZ, 22.12.04.; NZZ, 5.11.04.; Presse vom 8.2.04. Siehe dazu die einzelnen Sachkapitel.
- 56) Presseinformation SGB vom 23.4.05.
- 57) Initiative: Presse vom 10.5.05; AHV-Ausbau: AZ und Bund, 5.4.05.
- 58) Lib. und NZZ, 22.11.06.
- 59) Ackermann, Ewald / Moser-Brossy, Dominique (Bern 2007): Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2006 (SGB-Dossier Nr. 50).
- 60) SGT, 29.3.06.
- 61) Medienmitteilung des SGB vom 9.4.08; NZZ, 4.9.08 (Travailsuisse).
- 62) TA, 1.3.08.
- 63) SGB-newsletter, 5/2009; Travailsuisse, Medienmitteilung vom 25.4.08.
- 64) Presse vom 15.10.-29.11.08.
- 65) Medienmitteilung des SGB, 11.3.10.
- 66) NZZ, 14.3.09.
- 67) Bund, 18.9. und 21.9.09.
- 68) BaZ, 3.11.09.
- 69) NLZ und NZZ, 6.1.10; NF, 9.3.10, Presse vom 27.9.10.
- 70) NZZ, 4.12.10.
- 71) NZZ, 6.11.10, Presse vom 8.11.10; 24h, 18.5.10.
- 72) Eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»; BBl, 2011, S. 907.
- 73) NZZ, 21.5.11.
- 74) NZZ, 18.7. und 27.7.12.
- 75) www.bfs.admin.ch
- 76) www.bfs.admin.ch
- 77) TA, 28.4.14; BZ, 1.5.14
- 78) NZZ, 24.5.14
- 79) www.bfs.admin.ch
- 80) www.bfs.admin.ch
- 81) Medienmitteilung SGB; Unia, Subito-Initiative; LZ, TA, 25.3.17; NZZ, 20.1.18
- 82) AZ, Lib, NZZ, TA, 15.3.18; WoZ, 22.3.18; So-Bli, 19.8.18; WoZ, 29.11.18
- 83) TA, 15.8.18; NZZ, 21.8.18; LT, 30.8.18; TA, 4.9.18; LT, SGT, TG, 5.9.18; LT, WoZ, 13.9.18; TG, 1.10.18; WW, 11.10.18; Blick, NZZ, 12.10.18; AZ, 19.10.18; NZZ, 23.10., 22.11.18; TA, 24.11.18; Blick, 27.11., 28.11.18; SGT, WoZ, 29.11.18; AZ, TG, 1.12.18; LT, NZZ, TA, TG, 3.12.18; WoZ, 6.12.18
- 84) AZ, 9.9.19; TA, 28.10.19
- 85) Medienmitteilung SGB vom 15.11.19; TA, 16.11.19
- 86) Medienmitteilung SGB vom 22.6.20; Medienmitteilung SGB vom 24.2.20; TA, 24.2.20; AZ, CdT, NZZ, TA, 25.2.20; WW, 26.2.20
- 87) Communiqué de presse Syna du 21 décembre 2020; Communiqué de presse USS du 14 septembre 2020; AZ, CdT, LT, 7.7.20; NZZ, 27.7.20; AZ, 14.8.20; Blick, 15.9.20; TA, 28.10.20; AZ, 22.12.20; Lib, 8.1.21
- 88) Communiqué de presse USS du 2 février 2021